



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 128, Okt./2 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Brexit: Wo die Befürworter des Rahmenabkommens falsch liegen



EU-No-Newsletter, News | 9. Mai 2019

Die Freunde des Rahmenabkommens wollen der Schweizer Stimmbevölkerung Angst machen, indem sie die Ablehnung des Rahmenabkommens mit dem Brexit vergleichen. Es ist aber eher umgekehrt. Der Brexit zeigt, dass wir uns nie derart an die EU binden sollten. Denn einmal drin, kommt man nicht mehr raus.

Verzerrte Wahrnehmung der Rahmenabkommen-Befürworter

Die Befürworter des Rahmenabkommens nehmen den Brexit als Vorwand, um dem Schweizer Stimmvolk weiszumachen, dass die Schweiz schlecht dastehen würde ohne Rahmenabkommen.

Hierbei übersehen sie gewollt oder ungewollt die Tatsache, dass der Brexit wie eine Scheidung, ein Rosenkrieg zwischen der EU und Grossbritannien ist.

Das Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU gleicht aber mehr einer Zwangsheirat. Das Fazit aus dem Austrittsversuch Grossbritanniens zeigt dem Schweizer Volk klar auf, wie schmutzig die Grabenkämpfe vonstatten gehen können. Einmal dabei, gibt es kein Entrinnen mehr. Die EU kann ihre volle Macht ausüben, wenn man mal verheiratet ist.

Fazit: Keine Zwangsheirat mit der EU eingehen

Die Zwangsheirat wäre auch mit viel Gewalt oder Androhung von Gewalt verbunden. Sanktionen und Guillotinen sind im Rahmenabkommen enthalten und würden die Beziehung der Schweiz zur EU weiter verschärfen. Versuche der Erpressung und Drohungen sind schon heute spürbar. Wie stark werden die Druckversuche dann sein, wenn wir das Rahmenabkommen angenommen haben? Es gäbe dann kein Zurück mehr.

Schon 1799 schrieb Friedrich Schiller das Gedicht: «Das Lied von der Glocke». Als hätte er das schwierige Verhältnis der Schweiz zur EU gemeint schrieb er:

«Dum prüfe, wer sich ewig bindet, [...]

Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.»

So ziehen wir lieber an der Bremse, solange dies noch möglich ist. Bevor wir uns in einer unumkehrbaren Situation wiederfinden, verheiratet mit einer eifersüchtigen, neidischen und rachsüchtigen EU. Seien wir genügend weitsichtig und wehren uns gegen diesen Vertrag der Unterjochung!

Quelle: <https://eu-no.ch/heute-brexit-morgen-schwexit-wo-die-befuerworter-des-rahmenabkommens-falsch-liegen/>

Trump führt einen Krieg gegen alle Seiten

Donnerstag, 9. Mai 2019 , von Freeman um 12:05

Vor 12 Jahren habe ich ein halbes Jahr vorher die Finanzkrise 2008 mit diesem Artikel prophezeit und meine Leser aufgefordert: *"Bitte notiert das Datum vom 13. Juni 2007"*. Darin habe ich den Niedergang der USA beschrieben und gesagt: *"Was machen Regierungen, wenn das Land in so eine Wirtschaftskrise stürzt? Na liebe Buben und Mädels, habt ihr im Geschichtsunterricht gut aufgepasst? Könnt ihr das Wort K-R-I-E-G buchstabieren? Ja, ich wusste ihr könnt es. Regierungen machen lieber Krieg um alle abzulenken, statt mit den harten Konsequenzen aus ihrer Misswirtschaft konfrontiert zu werden."*



Dann habe ich geschrieben: *"Wir könnten wieder einen richtig grossen Krieg haben, wenn die USA verrückt spielt, wie ein Ertrinkender wild um sich schlägt und entscheidet, ihr könnt uns alle mal am Arsch lecken und Iran, China, Russland oder wem immer eins in die Fresse hauen. Wenn sie unsere Dollars und Schuldscheine nicht mehr wollen, wie wäre es mit einigen Atombomben?"*

Genau in dieser Situation sind wir jetzt; die USA sind am Ertrinken, und das Trump-Regime in Washington spielt verrückt, schlägt wild um sich und führt Krieg auf allen Seiten. Hier eine Liste der aktuellen Konfrontationen, egal ob gegen Freund oder Feind:

- US-Aussenminister Mike Pompeo hat die Briten gewarnt, keine 5G-Technologie von der chinesischen Huawei zu kaufen, sonst wird die "spezielle Beziehung" und Mitgliedschaft in der Gruppe der "five eyes" Geheimdienstkooperation beendet.
 - Pompeo hat auch das geplante Treffen mit Merkel und Maas sehr kurzfristig abgesagt und damit Berlin vor den Kopf gestossen. Die Beziehung zwischen Berlin und Washington war noch nie so schlecht wie heute.
 - Washington hatte vorher schon Deutschland vor schwerwiegenden Konsequenzen gewarnt, wenn es die NorthStream2 Pipeline baue, um russisches Gas zu importieren, und versprochen, alles zu tun, damit dieses Projekt nicht fertig wird.
 - Der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, hat alle deutschen Firmen gewarnt, wenn sie Geschäfte mit dem Iran machen, werden sie als Strafe aus dem amerikanischen Markt ausgeschlossen.
 - Die Türkei wurde aufgefordert, ja kein S-400 Luftabwehrsystem von Russland zu kaufen, sonst bekommt es keine F-35 Kampfflugzeuge geliefert und wird anderweitig bestraft.
 - Trump erklärte die Verhandlungen über den Handel mit China als gescheitert und hat verkündet, ab Freitag werden die Zolltarife für chinesische Produkte im Wert von 200 Milliarden Dollar von 10 auf 25 Prozent erhöht. Der Handelskrieg mit China wird also verschärft.
 - Während den Verhandlungen schickte Trump US-Kriegsschiffe durch die Strasse zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, was Peking als totale Provokation aufgefasst hat.
 - Washington hatte bereits Kanada dazu veranlasst, die Finanzchefin von Huawei zu verhaften, damit sie an die USA ausgeliefert wird, weil Huawei angeblich Mobilfunkanlagen an den Iran geliefert hat.
 - Und Trump hat Kanada wegen dem Import von Milchprodukten massiv unter Druck gesetzt und eine "Markttöffnung" erzwungen, wobei die kanadische Regierung die eigenen Milchbauern verraten hat, um Trump zu gefallen.
 - Der italienischen Regierung wurde gedroht, ja nicht Teil der chinesischen "One Belt One Road" Initiative zu werden, die neue Seidenstrasse, sonst setze es Strafen.
 - Trump hat gestern verkündet, kein Land der Welt dürfe mehr Eisen, Stahl, Aluminium und Kupfer vom Iran kaufen, was einen Grossteil der nicht öl-basierenden Einnahmen des Landes bedeutet. Vorher hatte Trump schon den gesamten Ölexport des Iran verboten und dabei allen Ländern Strafen angedroht, die es weiter tun.
 - John Bolton hat verkündet, die USA schickten den USS Abraham Lincoln Trägerverband in den Persischen Golf und hat vier B-52 Atombomber nach Katar verlegt, eine direkte militärische Bedrohung des Iran.
 - Trump hat die Verhandlungen mit Nordkorea abrupt und ergebnislos beim Treffen in Hanoi abgebrochen, weil Kim die Aufhebung der Sanktionen verlangte, wenn es die atomare Abrüstung beginnt. Damit besteht weiterhin die Gefahr eines Krieges mit Nordkorea.
 - Washington hat einen Putschversuch in Venezuela inszeniert, um Präsident Maduro zu stürzen, der gescheitert ist. Jetzt wird von einer militärischen Intervention und Invasion gesprochen, um Guaido in Caracas an die Macht zu bringen.
 - Die Behörden in Washington haben den Strom zur venezolanischen Botschaft abgestellt. Das Botschaftspersonal wurde bereits gezwungen, das Gebäude und die USA zu verlassen. Jetzt befinden sich Pro-Maduro-Aktivistinnen darin, die das Eindringen von Guaido-Vertretern damit verhindern.
 - Trump hat Kuba mit massiven Sanktionen gedroht, sollte es weiter die Maduro-Regierung unterstützen.
 - Auch der südliche Nachbar Mexiko wurde von Trump bedroht, alle Grenzübergänge zu schliessen, wenn die illegale Einwanderung nicht gestoppt wird. Wirtschaftsexperten haben gewarnt, eine Schliessung der Grenze würde den USA am meisten schaden. Die ganze US-Autoindustrie würde nach einer Woche stillstehen, wenn die Teile aus Mexiko nicht mehr kommen.
 - Trump hat den europäischen "Alliierten" gedroht, er würde 800 ISIS-Kämpfer, die in Syrien gefangen wurden, freilassen, wenn England, Frankreich und Deutschland sie nicht aufnimmt und vor Gericht stellt. Dabei ist ISIS eine Söldnerarmee der Amerikaner, Israelis und Saudis.
 - Die EU wurde auch von Trump massiv mit zusätzlichen Sanktionen bedroht, wegen der angeblichen Subvention von Airbus, zusätzlich zu den bereits verhängten hohen Strafzöllen auf Stahl und Aluminium.
 - Gegen Russland laufen sowieso immer schärfere Wirtschaftssanktionen und militärische Provokationen, wie im Schwarzen Meer sowie auch in der Ostsee.
- Wir sehen, niemand ist vor dem aggressiven Rundumschlag und den Drohungen Washingtons sicher, weder die "Freunde" in Europa, die "Alliierten" der NATO, die Nachbarländer zu den USA, die kleinen Länder die sich nicht dem Diktat beugen und auch nicht die beiden Atommächte, Russland und China.

Dieses kriminelle Verhalten zeigt, die Vereinigten Staaten sind sehr schwach geworden, sind am Verlieren, denn nur wer schwach ist, muss mit Erpressungen, Drohungen und Strafen seinen Willen durchsetzen. Für mich sind diese Drohgebärden ein letztes Aufbäumen, ein Versuch, noch Macht zu demonstrieren. Tatsache ist aber, die Welt benötigt Amerika nicht, aber Amerika die Welt. Was sind schon 330 Millionen Amerikaner???

Die Welt hat es satt, von Washington dominiert, kujoniert, diktiert, bedroht, bekriegt, ausgebeutet und versklavt zu werden. Auch der Dollar hat seine Bedeutung verloren.

Da können sie noch so viel mit ihren Flugzeugträgern aufkreuzen, die beeindruckt doch keiner mehr. Das sind schwimmende Särge, mit einem Volltreffer einer Überschallrakete versenkbar.

Die Kanonenbootpolitik Washingtons ist doch völlig überholt, stammt aus dem letzten Jahrhundert. Heute werden asymmetrische Kriege geführt, wo moderne kleine Waffen viel effektiver sind.

Finanziell sind die Vereinigten Staaten völlig fertig, bankrott, bis über beide Ohren verschuldet. Nicht nur der Staat, sondern die Firmen, Konzerne und Privatleute auch.

Wenn alles wunderbar ist, warum verlangt Trump ständig von FED-Chef Powell, die Zinsen zu senken? Eben, weil seit der Finanzkrise die ganzen mit billigem Geld aufgepumpten Blasen platzen werden.

Wenn die US-Wirtschaft unter Trump angeblich so brummt, warum sind die Bestellungen für Lastwagen um sagenhafte 63 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen? Warum sitzen Autohändler Ende April auf 4,2 Millionen unverkaufter Fahrzeuge?

Es geht aber weiter mit den schlechten Nachrichten. In diesem Jahr wurden bereits 6000 Läden geschlossen, mehr als im ganzen letzten Jahr. Ganze Ladenketten haben Konkurs angemeldet.

Leere Geschäfte an bester Lage sind in allen Grossstädten zu sehen, wie zum Beispiel am berühmten Broadway in New York, wo zwischen der 48. und 57. Strasse alle Geschäfte leerstehen bis auf eins!

Die Masse der Amerikaner haben kein Geld zum Einkaufen, das ist der Grund, und sind dazu noch bei den Banken und mit ihren Kreditkarten völlig verschuldet. Hunderttausende können sich keine Wohnung leisten, schlafen auf der Strasse, in Zeltstädten und auf Parkplätzen im Auto.

Statt über die wahre Situation in Amerika zu berichten, beschäftigen die Medien sich immer noch nur mit der angeblichen Wahleinmischung Russlands und Putin sei schuld, dass Hillary verloren hätte.

Auch moralisch liegen die USA am Boden, sind eine völlig zerstrittene Gesellschaft, in der die Lüge und der Egoismus regiert, eigentlich reif für einen Bürgerkrieg. Eine ganze Reihe von Bundesstaaten wollen die Union verlassen.

Wie ich am Anfang sagte, diese Situation ist sehr gefährlich, weil Washington als Ertrinkender zum letzten grossen Schlag ausholen kann und tatsächlich einen Grund suchen könnte, um einen Atomkrieg zu starten.

Was sich mit dem Iran zusammenbraut, könnte der Zündfunke dazu sein!!!

Trump's Angriff auf den Iran trieft vor Lügen und Täuschung. Es ist eines der verlogenensten Beispiele imperialistischer Aggression seit Jahrzehnten.

In einem unheiligen Bündnis mit Saudi-Arabien und Israel benimmt sich das Trump-Regime wie ein tollwütiger Hund, der seit Tagen nichts mehr gefressen hat.

Der Iran hat keine andere Wahl, als sich mit allen Mitteln auf einen Angriff vorzubereiten. Das gleiche trifft auf uns zu.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/05/trump-fuhrt-einen-krieg-gegen-alle.html#ixzz5nmXiyNAb>

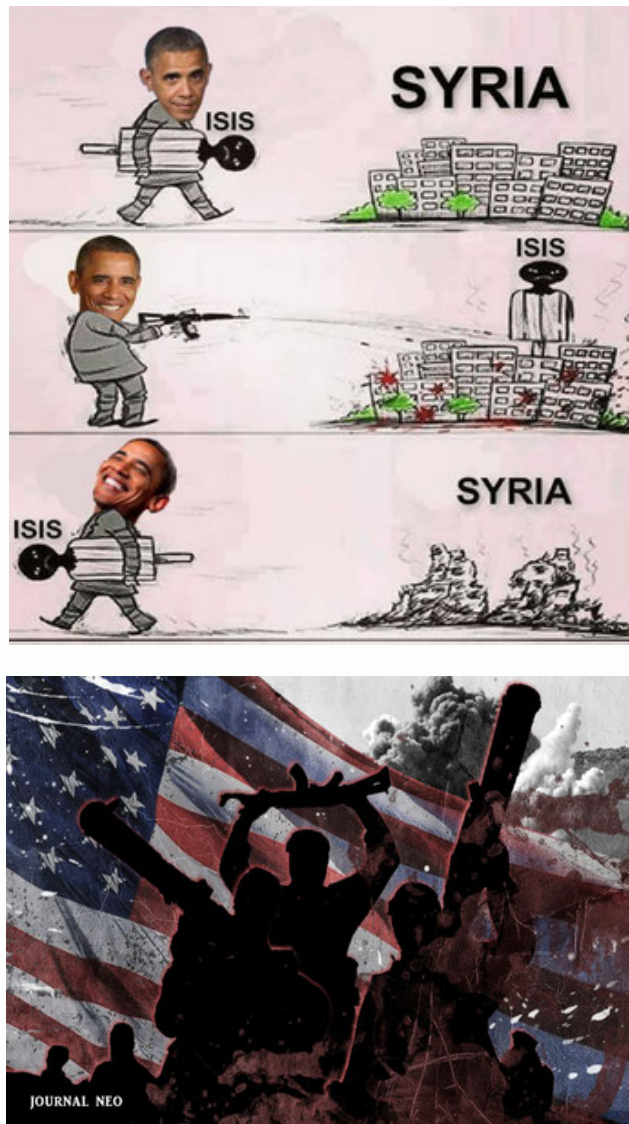
Al Baghdadi: Die USA könnten sich keinen besseren Alliierten wünschen

von Tony Cartalucci, 10.05.2019

<https://journal-neo.org/2019/05/10/al-baghdadi-the-us-couldnt-wish-for-a-greater-ally/>

Da die von den USA unterstützten Militanten bereits den Höhepunkt ihrer Geländegewinne auf dem Schlachtfeld erreicht hatten und jetzt mit einer schrittweisen, aber unvermeidlichen Niederlage konfrontiert sind, scheinen den USA die Zeit und die Möglichkeiten auszugehen.

Dann wurde plötzlich – wie auf ein Stichwort – Abu Bakr al-Baghdadi wiederbelebt, der angebliche Führer des so genannten "Islamistischen Staates im Irak und Syrien" (ISIS), nachdem die USA behauptet hatten, dass er Jahre zuvor gestorben war. Das bietet den USA den perfekten Vorwand, trotzdem militärisch in Syrien einzugreifen.



Ein BBC-Artikel vom Juli 2014 mit dem Titel "ISIS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi erscheint im ersten Video" behauptete:

Abu Bakr al-Baghdadi, der Führer der islamistischen militanten Gruppe Isis, hat in seiner ersten Video-Predigt die Muslime aufgefordert, ihm zu gehorchen.

Baghdadi wurde von der dschihadistischen Gruppe, die grosse Teile des Irak und Syriens erobert hat, zum Kalifen ernannt.

Die plötzliche Welle der Gewalt, die ISIS im gesamten Irak und in Syrien entfesselte, war so gross, dass nur staatliche Unterstützung dafür verantwortlich gewesen sein konnte.

Den perfekten Feind erschaffen

Tatsächlich hatte die US Defense Intelligence Agency (DIA) bereits 2012 sogar eine Verschwörung unter westlicher und Golfstaaten-Führung festgestellt (PDF), um das zu schaffen, was sie damals als "salafistisches" [islamisches] [Fürstentum] [Staat] bezeichnete, genau in jenem Teil Ostsyriens, wo ISIS schliesslich seinen Sitz haben würde.

Das DIA-Dokument erklärte (Hervorhebung hinzugefügt):

*Wenn sich die Situation entwirrt, besteht die Möglichkeit, **ein deklariertes oder nicht deklariertes salafistisches Fürstentum in Ostsyrien (Hasaka und Der Zor) zu errichten, und genau das wollen die unterstützenden Kräfte der Opposition, um das syrische Regime zu isolieren**, das als strategisches Zentrum der schiitischen Expansion (Irak und Iran) gilt.*

Zur Klärung der Frage, wer diese unterstützenden Kräfte sind, wird im DIA-Memo erklärt:

Der Westen, die Golfstaaten und die Türkei unterstützen die Opposition, während Russland, China und der Iran das Regime unterstützen.

Das Ziel war es, die syrische Regierung weiter zu isolieren, um das ultimative Ziel Washingtons zu erleichtern: Damaskus zu stürzen. Als immer mehr Extremisten dies nicht erreichten, nutzten die USA dann die Präsenz von ISIS als Vorwand für eine überarbeitete Version der direkten militärischen Intervention, die Russland nur ein Jahr zuvor vereitelt hatte.

Ein Jahr lang stellten sich die USA als Kämpfer gegen ISIS dar, während sie gleichzeitig die syrischen Ölfelder einnahmen und eine Armee von Militanten aufbauten, mit denen sie ISIS in das von der syrischen Regierung kontrollierte Gebiet schieben und mit denen sie auch die syrische Regierung selbst bekämpfen wollten.

2015 begann Russland mit einer eigenen militärischen Intervention. Russland zielte sofort auf die ISIS-Versorgungsleitungen, die aus der NATO-Mitglieds-Türkei herausführen – was die USA bis heute nicht getan haben. Russland isolierte die terroristische Gruppe innerhalb des syrischen Territoriums, bevor die russische Luftwaffe zusammen mit den syrischen, iranischen und Hisbollah-Bodentruppen sie umzingelte und ISIS zusammen mit Al Nusra und anderen extremistischen Gruppen überall westlich des Euphrat eliminierte.

Auf der von den USA besetzten Seite des Euphrat hielt sich ISIS bis zu diesem Jahr und wurde zeitweise sogar durch eine von den USA erklärte Sperrzone vor der Verfolgung syrischer und russischer Streitkräfte geschützt.

Es ist jetzt klar, dass die Bemühungen der USA, die syrische Regierung zu stürzen, gescheitert sind. Es ist auch klar, dass Washingtons Vorwand für die illegale Besetzung syrischen Territoriums politisch nicht mehr haltbar ist.

Gerade als die amerikanische Präsenz in Syrien immer unangenehmer und unhaltbarer wurde, ist al-Baghdadi wieder aufgetaucht – gerade rechtzeitig – um den US-Sieg in Ostsyrien zu gewährleisten, aber auch um die Weltöffentlichkeit daran zu erinnern, dass ISIS nach wie vor eine anhaltende Bedrohung ist, die die weitere Präsenz Amerikas in der Region erfordert.



Die Reaktion der USA auf Al-Baghdadis Wiederauftreten war aufschlussreich, ja sogar lobend. Ein AFP/New York Times-Artikel mit dem Titel "ISIS veröffentlicht das erste Videoband von Baghdadi seit fünf Jahren. USA schwören, die überlebenden Führer militanter Gruppen aufzuspüren", berichtete:

Die Vereinigten Staaten gelobten am Montag (29. April), dass sie überlebende Führer des islamischen Staates im Irak und Syrien (ISIS) aufspüren und besiegen würden, nachdem ihr schwer fassbarer Supremo Abu Bakr al-Baghdadi in einem neu veröffentlichten Video aufgetreten ist.

Die von den USA geführte Koalition gegen diese Gruppe wird weltweit kämpfen, um "eine dauerhafte Niederlage dieser Terroristen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass alle verbleibenden Führer die gerechte Strafe erhalten, die sie verdienen", sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums.

Die Hegemonie der USA verlangt, dass das US-Militär eine weltweite Präsenz unterhält – was wiederum einen ständigen Vorwand erfordert. Da die USA ISIS bewusst als Vorwand für die illegale Besetzung syrischen Territoriums geschaffen haben, bleiben sie auf unbestimmte Zeit dort – sie haben und werden die günstige Expansion von ISIS weltweit nutzen, um auch eine weitere, globale US-Militärpräsenz weltweit zu rechtfertigen.

Washington könnte keinen bequemeren Schurken erschaffen

Geschichtsforscher könnten schwerlich ähnliche Beispiele eines militärischen oder politischen Führers wie al-Baghdadi finden, der offen und sogar freudig eine Niederlage eingestanden hat und einem vermeintlichen Gegner einen massiven politischen Sieg gewährt hat. So bequem und künstlich ist al-Baghdadis jüngstes Wiederauftauchen und all seine angeblichen Aktivitäten in der Vergangenheit, dass viele auf der ganzen Welt die Wahrhaftigkeit des Videos und von al-Baghdadi selbst in Frage stellen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die amerikanische DIA so gut wie zugegeben hat, dass die USA ISIS bewusst geschaffen haben – da braucht es keine grosse Fantasie, um zu dem Schluss zu kommen, dass sie auch al-Baghdadi geschaffen haben.

Die Zusammenfassung der Kampfkraft von ISIS lässt sich von den anerkannten staatlichen Sponsoren – sowohl Saudi-Arabien als auch Katar – ableiten, wie von den US-Politikern selbst eingeräumt wurde. So berichtete der britische Independent.

Riyadh, Doha und somit jene in Washington, die sich den beiden Regimes verpflichten – sie sind die wahren "Führer" von ISIS – sie bewaffnen, finanzieren und leiten die terroristische Organisation – mit al-Baghdadi als blosse Galionsfigur, die immer dann auftaucht, wenn die Bedürfnisse der westlichen Außenpolitik und Propaganda es erfordern.

Wenn die USA einen Bösewicht schaffen müssten, der den Interessen Washingtons sowohl in Syrien als auch weltweit so konsequent dient, dann hätten sie Schwierigkeiten, einen idealeren Bösewicht zu schaffen als Abu Bakr al-Baghdadi.

Anm.d.Ü.: Über al Baghdadi und "Operation Hornet's Nest" gibt es hier Infos:

<http://sayyidali.com/news-analysis/hornets-nest-or123456.html>

<https://disparatehypothesis.wordpress.com/2014/08/15/operation-hornets-nest-isis-al-baghdadi/>

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/isis-chef-al-baghdadi-10-05-2019/>

Die grosse Heuchelei

Jürgen Todenhöfer kritisiert im Rubikon-Exklusiv-Interview die kriegslüsterne und verlogene Machtpolitik des Westens.

von [Karin Leukefeld](#) Samstag, 11. Mai 2019, 15:59 Uhr~26 Minuten Lesezeit

Er sagt von sich, er sei „kein Journalist und kein Diplomat“ und doch tut er genau das, was die Vertreter dieser Berufsgruppen tun sollten: Er reist in Kriegs- und Krisengebiete, in die Medien ihre Korrespondenten schicken sollten, er spricht mit allen Akteuren in Konflikten, wie es die Kunst der Diplomatie lehrt. Seine Erklärung: „Wenn man Frieden will, gibt es keine andere Möglichkeit“. Im Interview mit Rubikon spricht Jürgen Todenhöfer über sein neues Buch „Die Grosse Heuchelei“. Er spricht über die heutige Politik, die Bürger von jeder demokratischen Willensbildung ausschliesst und dadurch die demokratische Entwicklung untergräbt. Er spricht über die Menschen, die Opfer dieser Politik sind, und er spricht über seine Motivation, in Kriegs- und Krisengebiete zu fahren.

Jürgen Todenhöfer spricht über deutsches Mitläufertum, Auslandseinsätze der Bundeswehr und darüber, was die Medien mit einem Märchen von Hans-Christian Andersen zu tun haben. Er spricht über Feldzüge im Namen westlicher Werte und über den Versuch, die Geschichtsschreibung darüber zu korrigieren. Sein Fazit: „Der Westen kämpft um Markt, Macht und Moneten, aber nicht für seine Werte.“ Und genau um diese Werte geht es Jürgen Todenhöfer. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie und die Menschenrechte sind ihm wichtig. Ein Plädoyer für Einmischung. Das Gespräch mit Jürgen Todenhöfer führte Karin Leukefeld.

Karin Leukefeld: Ich habe Ihr Buch durchgeblättert, mich an einigen Texten festgelesen. Es erinnerte mich zunächst an das Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ von Eduardo Galeano (2). Kennen Sie das?

Jürgen Todenhöfer: Nein.

Galeano beschreibt in einer ähnlich kurzen Art und Weise, teilweise sehr poetisch, Begebenheiten aus der Geschichte, dem Leben des lateinamerikanischen Kontinents. Sie tun das auch in Ihrem Buch. Sie berichten aus Ländern der arabisch-muslimischen Welt, die Sie besucht haben. In all diesen Ländern

herrscht Krieg. Wollen Sie mit ihrem Buch über Entwicklungen und Schicksale in dieser Kriegsregion berichten?

Seit meinem 18. Lebensjahr bin ich in Krisengebieten unterwegs. Nicht nur im Nahen Osten, ich war auch sehr viel in Lateinamerika, in Kuba, Chile. Ich kenne fast alle lateinamerikanischen Länder, habe mit Rebellen gesprochen. Ich war in den Krisengebieten Asiens, ich war in Vietnam, vor einem Jahr erst war ich in Nordkorea. In Afrika habe ich die Befreiungskämpfer in Mozambique, Angola, Sambia, Namibia getroffen, habe die Entwicklung dort miterlebt. Mein neues Buch behandelt also nur einen Teil meiner Reisen und konzentriert sich auf die Region, in der heute Krieg geführt wird. Über die Schicksale anderer Völker und Kriege habe ich schon andere Bücher geschrieben.

Ihr Buch ist also ein Buch über die aktuellen Kriege und Krisen in einer bestimmten Region?

Mein Buch ist auch ein Buch über den Westen. Der Westen hat seit 500 Jahren, als sein Aufstieg begann, die Welt brutal erobert. Ich habe das festgemacht an der sogenannten Wiederentdeckung des amerikanischen Kontinents durch Kolumbus 1492. In diesem Jahr fällt auch die letzte Hochburg der islamischen Zivilisation in Grenada, in Spanien. Seitdem hat der Westen die Welt fortwährend durch grenzenlose Brutalität erobert, die er – und das ist das Besondere – in edle Worte und Werte gekleidet hat. Es gab auch andere brutale Grossmächte in der Weltgeschichte, aber keine andere Grossmacht hat so grossen Wert darauf gelegt, ihre Morde, Eroberungen, Vergewaltigungen, Zerstörungen immer als humanitäre Aktion darzustellen.

„Keine andere Grossmacht“ – wen meinen Sie, die USA?

Den Westen, ich nenne das bewusst den Westen, denn die Eroberung der Welt begann ja nicht mit den Amerikanern, sondern mit den Europäern, mit unterschiedlichen Europäern. Und Amerika, die USA, übernahm die wirkliche, absolute Führung des Westens eigentlich erst nach dem 2. Weltkrieg. Sie war schon nach dem 1. Weltkrieg international sehr mächtig, hatte sich aber zunächst wieder zurückgezogen. Für dieses Buch habe ich eine zweite Reise unternommen, eine Reise in die Geschichte. Ich habe fast 100 Bücher gelesen, teilweise 1000 Seiten lang, über amerikanische Geschichte, über die europäische Geschichte, über islamische Geschichte und vieles mehr.

Diese zweite Reise durch die Geschichte hat mir bestätigt, was mir vorher aufgefallen war, wenn ich aus den Ländern zurückkam, in denen der Westen interveniert hatte. In deutschen Medien war dann zu lesen, dass wir das getan haben, um den Leuten Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zu bringen. Für diese Werte der Französischen Revolution haben wir ihnen Bomben auf den Kopf geworfen. Die Reise in die Geschichte unserer Zivilisation hat gezeigt, dass das eine durchgängige Strategie ist.

Angeblich haben wir immer für edle Werte gekämpft, aber tatsächlich haben wir andere Völker unterdrückt. Es hiess Christianisierung und Zivilisierung, tatsächlich war es rücksichtslose, brutale Kolonisierung. Immer haben wir einen edlen Mantel umgelegt und das in so einer extremen Form, wie ich sie von keiner anderen Zivilisation kenne. Der Westen ist die erfolgreichste Zivilisation aller Zeiten. Aber leider auch die heuchlerischste. Er hat die Welt in den letzten 500 Jahren nicht durch seine Werte oder seine Genialität erobert, sondern durch seine grenzenlose Brutalität. Geschickt verpackt und verkauft in schöne Worte und edle Werte. In Wahrheit ging es dem Westen in nicht-westlichen Ländern nie um Freiheit, Gleichheit oder Brüderlichkeit, wie er behauptete. Sondern immer nur um handfeste Interessen. Seine angeblich werteorientierte Aussenpolitik ist seit Jahrhunderten eine Mogelpackung, eine grosse Heuchelei. Mein Buch behauptet diese Heuchelei nicht nur, es beweist sie. Mit Dutzenden von Recherchen vor Ort, die nicht immer ganz ungefährlich waren. Im Jemen, in Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen, Gaza, Saudi-Arabien, im Iran, bei den Rohingya und so weiter. Diese durchgängige Strategie, mit der jeder Mord als humanitäre Aktion dargestellt wird, das ist schon bemerkenswert. Und das ist ein Markenzeichen der westlichen Zivilisation. Ich sage leider. Denn die westliche Zivilisation hat andere grossartige Sachen geschaffen und die Werte, die die westliche Zivilisation vorgibt, um andere Völker zu unterwerfen, zu diesen Werten stehe ich. Mein Buch ist ein Plädoyer für diese Werte, es ist ein Plädoyer für eine humanistische Revolution. Es ist ein Plädoyer, dass wir die Werte, die wir ständig für die Vergewaltigung anderer Völker missbrauchen, dass wir diese Werte tatsächlich leben und auch vorleben sollten. Dass wir es ernst meinen mit der Brüderlichkeit, mit den Menschenrechten.

Liegt denn nicht der Kern dieses Verhaltens in dieser erfolgreichsten Zivilisation aller Zeiten, wie Sie eben sagten, in uns selber? Müssten wir nicht auch den Blick auf die eigene Gesellschaft richten? Denn das, was man nach aussen trägt, reflektiert quasi das, was man in sich trägt.

Ja, aber das wäre ein weiteres Buch. Das ist wirklich ein weites Feld. Ich finde dass das, was der Leser erfährt, wenn er dieses Buch liest, schon so viel ist, dass ich mich nicht noch auf eine Systemkritik eingelassen habe. Die ist am Anfang nur angedeutet. Meinen Sohn Frédéric, der Ko-Autor des Buches ist, hatte ich gebeten, als ich schon am Buch schrieb, 10 Monate nach der angeblichen Befreiung von Mossul – das wurde ja vom Westen als Befreiung gefeiert – noch einmal nach Mossul zu fahren, um die Geschichte einer Familie zu recherchieren, die die Besatzung durch den IS und die sogenannte Befreiung durch westliche Bomben erlebt hat. Und Frédéric geht durch die fast völlig zerstörte Altstadt, wo Hunderte von Jahren von Kultur zerstört wurden, und findet in den Trümmern 10 Monate nach der Befreiung tote Frauen, tote Männer, denen der IS, als sie noch lebten, die Hände auf dem Rücken gefesselt hat und die immer noch gefesselt waren, tote Kinder. Und ein Bild eines mumifizierten kleinen Kindes, das auf den Trümmern lag, ist für mich das Symbol dieser Heuchelei.

Da hat man angeblich ein Land befreit, eine Stadt befreit und unsere Staatschefs sind alle vor die Mikrophone getreten und haben über die Befreiung gesprochen – und da liegen Menschen, die vielleicht schwer verwundet waren und tagelang dort lagen und auf Hilfe warteten und nach 10 Monaten liegen ihre Leichen immer noch da. Und wir reden von Befreiung! Das ist für mich pure Heuchelei. Natürlich kann man jetzt sagen, dann hätten die Einwohner von Mossul die Leichen doch wegschaffen sollen. Aber die Einwohner von Mossul lagen unter den Trümmern. Oder sie waren in Lagern Hunderte von Kilometern entfernt. Das ist Heuchelei.

Haben Sie Medien die Bilder angeboten, haben die darüber berichtet?

So ein Bild kriege ich nie veröffentlicht. Keine deutsche Zeitung würde dieses Bild des mumifizierten Kindes, neben dem mein Sohn sitzt, veröffentlichen. Sie sagen, das kann man den Menschen nicht zumuten. Aber den Menschen dort mutet man es zu. Wenn es Bilder wären, für die die Russen verantwortlich gemacht würden, würde man sie natürlich veröffentlichen.

Aus Ihren Berichten und Büchern geht hervor, dass Sie nicht nur Zugang zu allen Teilen der Gesellschaft, den Akteuren in Krisen und Konflikten suchen, sondern auch finden. Sie sprechen mit der betroffenen Zivilbevölkerung, mit Kämpfern, Rebellen genauso wie mit politisch und militärisch Verantwortlichen. Und zwar nicht nur in den betroffenen Ländern, sondern auch im Westen, in den USA und natürlich in Deutschland. Zeigen Sie Ihren Gesprächspartnern, den politisch Verantwortlichen, manchmal solche Fotos?

Ja, ich spreche immer darüber. Wenn ich in ein Kriegs- oder Krisengebiet gehe, spreche ich mit beiden Kriegsparteien. Vor einem Jahr war ich im Jemen, und da war ich mit Sicherheit der einzige Deutsche – ich bin ja kein Journalist – in Sanaa, das von den Houthis beherrscht wird. Ich habe mit den Houthis gesprochen, die 70 Prozent der Bevölkerung beherrschen und das Gebiet, das am dichtesten bevölkert ist. Die Houthis haben einen Präsidenten gewählt, mit dem ich gesprochen habe, und ich habe auch mit dem Ministerpräsidenten vom Südjemen gesprochen, der vom Westen anerkannt wird. Ich spreche immer mit beiden Seiten. In Syrien spreche ich mit Rebellen und der Regierung, und ich versuche fast immer, die Nummer Eins zu kriegen. Ich konfrontiere die Leute auch mit Bildern und mit Dingen, die ich gesehen habe. Es gibt teilweise auch Videoaufzeichnungen, wo ich wütend auf die Armlehne meines Sessels einhämmere und meinem Gegenüber sage: Hallo, Sie sind doch der Präsident, Sie können doch da was machen! Machen Sie was!

Die Menschen haben ja nicht wie ich die Möglichkeit, dorthin zu fahren und auch nicht jeder Journalist – ich bin kein Journalist –; aber nicht jeder Journalist kann überall hinfahren. Das geben die Budgets der Zeitungen nicht her, auch nicht die Budgets der Fernsehanstalten. Ich finde einfach, wenn man in diese Länder geht, dass man offen sein muss, mit beiden Seiten zu sprechen. Und in der Regel werde ich für die Gespräche mit beiden Seiten beschimpft. Ich werde beschimpft, wenn ich mit Terroristen spreche, ich werde beschimpft, wenn ich mit Rebellen spreche, ich werde beschimpft, wenn ich mit den jeweiligen Diktatoren spreche. Aber wenn man Frieden will, gibt es keine andere Möglichkeit.

Man wirft Ihnen ja auch vor – beispielsweise im Falle des syrischen Präsidenten – naiv zu sein, nicht härter zu sprechen ...

Ja, aber wenn Sie das Buch lesen, werden Sie sehen, dass der IS darüber nachgedacht hat, ob er die Reise meines Sohnes und von mir nicht gewaltsam beendet. Weil ich ihnen jeden Tag vorgehalten habe, welche ihrer Taten nicht mit dem Islam in Übereinstimmung waren. Und dasselbe mache ich selbstverständlich, wenn ich mit irgendwelchen Staatschefs spreche. Ich sage das auch immer vorher, dass das Gespräch nur einen Sinn macht, wenn ich sehr offen sprechen kann. Und mir ist immer wieder vertraulich

gesagt worden, dass manche Regierungschefs, mit denen ich gesprochen habe, so ein Gespräch noch nie geführt haben. Dass noch nie einer so mit ihnen gesprochen hat. Aber sonst macht es für mich keinen Sinn. Diplomatische Formeln auszutauschen sollen Diplomaten machen. Ich bin halt kein Diplomat. Und auch kein Journalist.

Woher kommt denn Ihre Kraft, so etwas zu tun? Man braucht Rückgrat und Sicherheit, verantwortliche Personen mit dem zu konfrontieren, was sie tun oder mit dem, was man sagt, dass sie es tun.

Ich nenne das mal Motivation, weil Kraft ist schon wieder ein Kompliment. Die Motivation, in diese Länder zu reisen, kommt daher, dass ich als Jugendlicher mit 18, 19 und 20 nach Marokko, nach Tunesien und während des Algerienkrieges auch nach Algerien gefahren bin. Dabei habe ich festgestellt, dass das in Europa gezeichnete Bild über islamische/muslimische Länder völlig falsch ist. Ich hatte dort grauenvolle Kriegserlebnisse und wenn man das einmal gesehen hat, was Krieg bedeutet und wie die Stärkeren im Krieg mit den Schwächeren umgehen ... Ich konnte da einfach nicht mehr nicht hingehen. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, in diese Länder zu gehen, weil man sich durch Schweigen schuldig macht, wenn man etwas gesehen hat. Von Noam Chomsky gibt es den berühmten Satz über die Pflicht eines Intellektuellen – ich bin kein Intellektueller –, die Pflicht eines Intellektuellen ist es, so Chomsky, die Wahrheit aufzuklären und Lügen zu enttarnen. Und wenn man gesehen hat, was eine Lüge in einem Land wie Algerien während des Algerienkrieges bedeutet hat, was die Lügen im Vietnamkrieg für die Menschen dort bedeutet haben, oder was die Lügen im Jemenkrieg für die Menschen im Jemen bedeuten, dann kann man dazu nicht schweigen, sonst macht man sich mitschuldig. Und der Preis, den man dafür bezahlt, ist, dass die Mächtigen das nicht gern sehen und dass es in manchen Medien ja auch einen Mainstream gibt, der dann zumacht. Dazu kann ich nur sagen: So what! (deutsch: Was soll's).

Ich habe Ihr Interview mit Herrn Assad gesehen, dass Sie für die ARD gemacht haben. Ich war in Damaskus, das war 2012 und damals konnte man die ARD dort noch im Fernsehen empfangen. Als Journalistin war ich wirklich schockiert, als dann im Anschluss an das Interview zwei Kollegen – vom Spiegel und vom ARD-Studio Kairo – Ihr Interview bewertet haben. Heute nennt man das „einordnen“. Wussten Sie vorher, dass das gemacht wird?

Nein. Ich wusste, dass das Interview Teil einer Sendung war. Es gab eine vertragliche Vereinbarung zwischen ARD und der syrischen Regierung, dass die Regierung bestimmte Sachen nicht machen würde und auch die ARD bestimmte Sachen nicht machen würde. Die ARD war vertragstreu und hat sich daran genau gehalten. Dass man das Interview hinterher auseinandernimmt, war nicht geregelt. Ich kommentiere das jetzt auch nicht mehr. Nur so viel: Ich schaue mir Sendungen, in denen ich mitmache, nie an und so haben mir andere hinterher davon berichtet. Diejenigen, die gesagt haben, der Mann (gemeint ist Bashar al-Assad, kl) habe — sinngemäss — jeden Bezug zur Realität verloren und der sei sowieso bald weg, die haben sich total geirrt. Die Geschichte der Syrien-Berichterstattung ist die Geschichte einer totalen Fehlberichterstattung. Die lagen immer daneben, alles war falsch.

Die Kollegen haben letztlich nicht nur Ihren Interviewpartner, sondern auch Sie und das Interview niedergemacht.

Ich muss damit leben. Mir ist natürlich auch gesagt worden, ich hätte noch härter fragen müssen. Und ich weiss, dass das Interview im syrischen Fernsehen nur in Ausschnitten gezeigt wurde, weil einige Fragen als ungehörig galten. Dass ich ihn beispielsweise fragte, ob er als „Teil des Problems“ nicht bereit sei zurückzutreten. Das gilt in einem arabischen Land gegenüber einem arabischen Staatsoberhaupt als total ungehörig. Aber ich habe mich über die ARD nicht zu beschweren. Dass da eine Sendung hinterher dabei herauskam, wo man versuchte, das Interview zu konterkarieren, das müssen die selber wissen, ob das richtig war.

Auf Ihrer Facebook-Seite (3) sprechen Sie die Leute sehr direkt an, Sie duzen die Leute auch und fordern Sie auf, selber aktiv zu werden. An wen wenden Sie sich mit Ihrem Buch, wen und was wollen Sie erreichen?

(Pause) Ich erlaube mir, mal kurz nachzudenken. Ja, das ist richtig, ich duze zwar nicht persönlich, aber ich spreche von „Ihr“ und „Euch“ – das ist auch die politische Facebook-Seite mit der grössten Reichweite in Deutschland. Das versuche ich auch damit, das ist auch ein Ziel. Wenn Sie die tägliche Berichterstattung einiger grosser deutscher Medien verfolgen – ich sage bewusst „einiger“ – weil hier eine Verallgemeinerung gegenüber den deutschen Medien nicht fair wäre. Wir haben teilweise tolle Zeitungen und wir

haben tolle Seiten im Internet. Dazu zähle ich den Rubikon, die Nachdenkseiten und wir haben tolle Regionalzeitungen, in denen manchmal wirklich spannende Dinge berichtet werden, die nicht vom Mainstream gesteuert werden.

Ich lese den Freitag sehr gerne, dessen Herausgeber ich mal kurz sein durfte. Ich lese manche Artikel auch sehr gern in der ZEIT, wir haben schon einen tollen Journalismus. Aber ein grosser Teil des Mainstream unterwirft sich bei uns den Mächtigen. Und sie fühlen sich – das sage ich nicht für alle aber für einen grossen Teil – sie fühlen sich als ein Teil des Systems. Und das hat dazu geführt, dass ich in der täglichen Berichterstattung dieselbe Heuchelei lese, die ich den Politikern vorwerfe. Der Afghanistankrieg war in den ersten Wochen ohne jedes UN-Mandat und hinterher war er immer noch ungerecht, weil die Afghanen an dem Mordanschlag am 11. September (9/11) gar nicht beteiligt waren. Und was viele gar nicht wissen ist, dass Deutschland am Syrienkrieg und am Irakkrieg, der übrigens immer noch läuft, beteiligt ist. Deutschland stellt die Aufklärung, die Zielaufklärung zur Verfügung und ist deshalb mitverantwortlich für die Zerstörung von Städten wie Mossul oder Rakka. Dafür gibt es kein völkerrechtliches Mandat. Der Sicherheitsrat der UNO hat nie ein Mandat ausgesprochen, dass die Gewaltanwendung zulässt. Und der Mann, der 16 Jahre lang Leiter der Rechtsabteilung des Verteidigungsministeriums war, ich meine Dr. Dieter Weingärtner, der hat sinngemäss in der FAZ geschrieben: Die biegen sich das Grundgesetz zurecht (4). Und er schreibt ausdrücklich, dass der Syrieneinsatz und der Irakeinsatz verfassungswidrig sind. Das war allerdings nur einmal, die FAZ hat das Thema dann nicht weiter verfolgt. Die Einsätze sind verfassungswidrig und völkerrechtswidrig und trotzdem sind wir beteiligt. Und wir sind nicht nur beteiligt und damit mitverantwortlich für den Tod von 20 000 Menschen in Mossul, sondern wir nennen das Befreiung, wir nennen das Kampf für unsere Werte. Wenn nun der Leiter der Rechtsabteilung des Verteidigungsministeriums – und er war das bis Ende letzten Jahres – sagt, dass der Krieg verfassungswidrig ist, dann könnte man ja von den Medien erwarten, dass die schreiben: Hallo, Ihr führt da einen verfassungswidrigen Krieg. Der mag ja einiges für Euch bringen und Ihr kämpft ja auch gegen den IS, aber Ihr tötet dabei auch Zehntausende Menschen, Zivilisten, Kinder, die nach 10 Monaten noch tot oder mumifiziert auf den Trümmern liegen. Da könnte man doch erwarten, dass die Medien, die FAZ, die Süddeutsche, die ZEIT schreiben: Das hat mit unseren Werten nichts zu tun. Aber sie schreiben, das ist ein Kampf für unsere Werte. Das heisst, sie spielen das Spiel mit. Ich habe bei meiner Lektüre vieler historischer Werke – ich bin kein Historiker, bin auch da nur ein Amateur –, aber ich habe bei meiner Lektüre festgestellt, dass das über Jahrhunderte so gemacht wurde. Es ist ja bekannt, dass in der Politik gelegentlich gelogen und geheuchelt wird. Aber dass es eine durchgängige Strategie der westlichen Zivilisation gibt, alle ihre Eroberungsfeldzüge in ein edles Kleid zu hüllen, das ist den meisten Menschen nicht bekannt. Die denken, dass wir ganz edle Eroberungsfeldzüge führen, wo die Menschen uns zugejubelt haben, als wir ihnen die Köpfe abgeschlagen haben.

Daher auch der Titel Ihres Buches, „Die grosse Heuchelei“ ...

... die seit mindestens 500 Jahren eine Strategie westlicher Aussenpolitik ist. Dieses Buch ist ja kein historisches Buch, es ist ein Buch mit 12 Reportagen aus Ländern, in die man nicht leicht hineinkommt. Dort habe ich die Beweise gesammelt für das, was ich sage. Um in den Jemen zu kommen, musste ich mich in einen Bus setzen und durch ein Land fahren, das durch den Krieg zerrissen und von hunderten Checkpoints kontrolliert wird. Und um nachzuprüfen, ob man den Rohingya tatsächlich ihre Dörfer in Myanmar abgebrannt hat, musste ich über einen mit Minen geschützten drei Meter hohen Grenzzaun klettern und mir die Klamotten und die Haut aufreissen und das Risiko auf mich nehmen, dass der Militärposten, der in dem verbrannten Dorf war, auf mich schießen würde. Man muss ja eine ganze Reihe von Dingen tun, um das dann auch zu beweisen.

Sie wollen Beweise sammeln, sich selbst von einem Geschehen und dem, was darüber berichtet wird, überzeugen, warum?

Im Grunde versuche ich eine Korrektur der Geschichtsschreibung über den Erfolg der westlichen Zivilisation. Die wird gelegentlich erwähnt von Solschenizyn oder gelegentlich erwähnt von Vaclav Havel oder gelegentlich erwähnt von Mark Twain. Es ist eine durchgängige Strategie, die bisher vielen nicht so bekannt ist. Um auf Ihre Frage zurückzukommen, warum ich das tue? Ich möchte erreichen, dass in Deutschland und in Europa – wenn Politiker versuchen einen Krieg zu inszenieren und uns in einen Krieg hineintreiben wollen und das mit Werten begründen –, dass das Publikum anfängt zu lachen. Und dass das Publikum anfängt, sie auszupfeifen und sagt: Ihr könnt uns alles erzählen, aber sagt nicht, dass Ihr das für unsere Werte tut. Nehmen wir den Afghanistankrieg. Da hat man uns gesagt, die deutschen Soldaten würden dahin gehen, um afghanischen Mädchen wieder den Schulzugang zu ermöglichen! Und um Brunnen zu bauen! Fragen Sie mal heute einen damals führenden Politiker, der den Krieg wollte, wie viel Prozent der afghanischen Mädchen zur Schule gehen. Das wissen die gar nicht, und das interessiert

sie auch gar nicht. Und wenn man ihnen sagt: Aber das war doch Euer Kriegsgrund, dann sagen die nur: Ach so!

Und wie viele Mädchen gehen heute in Afghanistan zur Schule?

40 Prozent, für sechs Jahre. Dann ist da auch Schluss.

Was Sie als Ziel formulieren, erinnert mich an das Märchen von „Des Kaisers neue Kleider“ ...

... genau das, was der Junge ruft, wäre die Aufgabe der Medien, die sie nicht spielen. Anders als in dem wunderbaren Märchen von Hans-Christian Andersen jubeln die Medien nicht dem Jungen zu, der ausspricht, was alle sehen, sondern sie geben ihm kräftig eins auf die Mütze. Dieser Kaiser ist nämlich nackt! Der Westen kämpft um Markt, Macht und Moneten aber nicht für seine Werte.

Herr Todenhöfer, wenn man das alles – wie Sie – seit Jahrzehnten durchlebt und immer mehr durchschaut, hat man da nicht auch den Wunsch, etwas zu verändern? Es gibt ja seit dem 2. Weltkrieg die Vereinten Nationen, die ein Korrektiv sein sollten, die international gültige Regeln und Abkommen aufgestellt haben. Sehen Sie in der UNO eine Alternative?

Ja, das müssten sie sein und wir müssten sie stärken, aber beim Irakkrieg (2003) – an dem Deutschland sich offiziell ja nicht beteiligt hat, inoffiziell aber schon geholfen hat –, da hätte Kofi Annan sein Amt in die Waagschale werfen und sagen müssen: Herr Präsident, Herr Bush, ich trete zurück. Dieser Krieg ist illegal. Er hätte sein Amt in die Waagschale werfen müssen, aber das tun sie dann doch nicht. Sie üben Kritik, diplomatisch, vornehm, mehr nicht. Und die Amerikaner durften Deutschland überfliegen, sie durften Ramstein als Flughafen benutzen, sie durften ihre verwundeten Soldaten nach Landstuhl bringen.

Spielt die Bundesregierung also ein doppeltes Spiel? Sagt sie in Richtung Öffentlichkeit das eine und tut was anderes?

Lassen Sie mich etwas zur Rolle Deutschlands sagen. Bei dieser Kriegspolitik ist Deutschland nicht der Antreiber, wir sind Mitläufer. Wir laufen sehr häufig mit. In Afghanistan waren wir nicht die Hauptkriegsführer, obwohl wir da auch Unheil angerichtet haben. Im Jemen sind wir nicht der Hauptwaffenlieferant, aber wir liefern Waffen, mit denen getötet wird. Wir sind eben der Mitläufer. Auch die Kanzlerin unterschätzt völlig die Möglichkeiten der deutschen Politik. Die Kanzlerin konzentriert sich, was ich als sehr verdienstvoll ansehe, auf Europa. Aber wenn sie meint, dass Deutschland im Fahrersitz sitzt, ist das der totale Irrtum. In all den Ländern, die ich im Laufe unseres Gesprächs genannt habe, ob lateinamerikanische, afrikanische oder mittelöstliche Staaten, gibt es den Wunsch, Deutschland als Vermittler zu gewinnen, als ehrlichen Makler. Das ist die Rolle, die ich für Deutschland auch sehe. Dass Deutschland sich unabhängiger macht von den Vereinigten Staaten und in Konflikten als Vermittler agiert und nicht als Mitläufer und Waffenlieferant.

Sie kennen den Bundestag, Sie kennen Regierungsstellen. Sind sie der Meinung, dass dieses politische System sich frei machen kann von Verpflichtungen und Zwängen, um tatsächlich als Vermittler, als ehrlicher Makler aktiv zu werden? Dabei denke ich auch an den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Sie waren ja auch im Gazastreifen unter Bomben. Palästinensische Interviewpartner haben mir mehr als einmal gesagt, Europa, Deutschland kommen hierher und helfen uns und bauen auf und dann kommt Israel und zerstört das wieder. Dann kommen Europa, Deutschland wieder, um wieder aufzubauen. Wie kann so ein Kreislauf durchbrochen werden?

Ja, das ist möglich. Es gibt ja zwei Schlussfolgerungen daraus. Deutschland ist eine starke Wirtschaftsmacht, Deutschland ist eine starke Demokratie (Frage Billy: wo am meisten? Deutschland ist eine Republik, und eine solche hat keinerlei demokratische Form) ein starker Rechtsstaat. Der frühere Bundespräsident Gauck hat daraus den Schluss gezogen, dass es deswegen auch mal häufiger zu den Waffen greifen kann. Das halte ich für eine fatale Schlussfolgerung, die zu einer heftigen Kontroverse zwischen Gauck und mir geführt hat (5). Die andere Schlussfolgerung aus der Stärke Deutschlands als Wirtschaftsmacht, als Demokratie, als Rechtsstaat ist, dass wir Vermittler sein könnten. Natürlich können wir das sein. Aber es gibt ganz wenige Politiker, die aus dieser Mitläuferrolle herausfinden. Denn wenn irgendwo die Amerikaner ankündigen, wenn jetzt irgendwo irgendwann irgendwelche Waffen eingesetzt werden, dann werden wir zuschlagen, dann melden sich sofort deutsche Abgeordnete die sagen: Wir bitte auch, wir bitte auch!

Sie sprechen hier von ...

... ja, Giftgas in Syrien. Auf die Idee, dass deutsche Politik Vermittler sein könnte, kommen immer weniger. Die haben sich so dran gewöhnt, dass der grosse Bruder in Amerika die Vorgabe macht und dass man dann irgendwie mitschwimmt. Nehmen Sie Trump. Trump wird in Deutschland sehr kritisch gesehen, auch von Politikern kritisch gesehen. Aber wenn Trump sagt, ihr müsst Eure Militärbudgets drastisch erhöhen, dann erhöhen wir unsere Militärbudgets drastisch. Nach unserem Grundgesetz ist die Bundeswehr ausschliesslich zur Verteidigung da. Und doch hat das Bundesverfassungsgericht in sehr, sehr grosszügiger Interpretation gesagt – das Grundgesetz gibt das gar nicht her –, wenn ein Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorliegt, der sich auf die UN-Charta, Kapitel 7 bezieht, auf einen Angriff auf den Frieden, dann kann die Bundeswehr sich beteiligen. Um das deutlich zu sagen: Ich bin für eine starke Bundeswehr, ich bin für eine moderne Bundeswehr, ich bin für eine Bundeswehr, in der die Systeme funktionieren, aber ausschliesslich zur Verteidigung. Und das, was Trump von uns will, die Erhöhung des Budgets, das braucht man nur für Auslandseinsätze. Und Auslandseinsätze hat das Grundgesetz nicht vorgesehen. Auslandseinsätze widersprechen dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Ein Teil dieser Auslandseinsätze ist laut dem ehemaligen Abteilungsleiter des Bundesverteidigungsministeriums verfassungswidrig. Und für weitere Militäreinsätze im Ausland brauchen wir keine weiteren Milliarden auszugeben. Die werden in der Bildungspolitik, für die der Bund nicht in erster Linie aber auch zuständig ist, viel besser ausgegeben, oder im sozialen Bereich.

Die Bundeswehr soll ja auch gestärkt werden, weil Russland Europa angeblich angreifen wolle.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr kosten heute mehr als 40 Milliarden Euro. Russland, das ja angeblich die grosse Bedrohung Europas und Amerikas ist, Russlands Militärhaushalt liegt irgendwo bei der Grössenordnung von 60 Milliarden Euro. Die europäischen NATO-Staaten sind vier- oder fünfmal überlegen, wenn man es am Militärbudget misst. Die USA geben mehr als zehnmal so viel für Rüstung aus als Russland, das seit Jahren seinen Militärhaushalt reduziert, aus wirtschaftlichen Gründen. Das sind doch Märchen, wenn man den Leuten sagt, wir müssen jetzt mehr Geld gegen Russland ausgeben, um uns gegen Russland verteidigen zu können. Wir sollen mehr ausgeben, um bessere Streitkräfte zu haben für Auslandseinsätze irgendwo auf der Welt. Die sehe ich in unserer Verfassung nicht und die sehe ich politisch auch nicht als geboten an.

Wie soll Deutschland sich in der Aussenpolitik verhalten? Nähert es sich Russland an, gibt es Druck von den USA, inzwischen ja ganz offen, wie der US-Botschafter Grenell es vormacht.

Ich glaube, dass in den letzten 10, 15, 20 Jahren nicht mehr strategisch gedacht wird. Man denkt einfach in festgefühten Strukturen. Wir sind Partner der USA und wir haben irgendwie mitzumachen. Und wenn einer übertreibt wie der Trump, dann machen wir nicht alles mit, aber wir machen das meiste mit. Deshalb habe ich mehrfach vorgeschlagen – ich spreche auch in dem Buch darüber –, dass man unter Beibehaltung der transatlantischen Partnerschaft mit den USA natürlich eine strategische Partnerschaft mit Russland aufbauen muss. Dazu muss man ja nur auf die Landkarte schauen. Ich habe hier neben mir einen Globus stehen, den habe ich zu Weihnachten geschenkt bekommen. Da sehe ich das winzige Europa und daneben ein Russland, das ich weiss gar nicht wie viele Male grösser ist. Zum strategischen Denken gehört auch ein bisschen Geographie. Und wer dann sagt, aus Menschenrechtsgründen gibt es da Probleme, dann sage ich: bei der Verwirklichung der Menschenrechte hat man in einer Partnerschaft viel mehr Möglichkeiten als in einer Feindschaft. In dem Buch geht es nicht in erster Linie um Fragen der Politik und Aussenpolitik. In dem Buch ist jedes zweite Kapitel eine Reportage, die manchmal ganz schwer zu lesen ist, und es war für mich auch nicht leicht, es zu schreiben. Es ist kein theoretisches Buch, das Buch versucht das, was ich glaube und was ich denke, mit Beispielen zu belegen und zu beweisen. Ich will, dass die Menschen die Welt verstehen und dass sie sehen, wie sie tickt. Und dass sie auch sehen, wie gefährlich das ist, wenn wir so weitermachen.

Sie haben keine Angst, dass die Leser sich am Ende des Buches, gerade wenn sie die erschütternden Reportagen gelesen haben, die Bilder sehen, dass sie sich am Ende machtlos fühlen? Verzweifelt?

Bei meinen Lesungen kommt immer wieder die Frage: Aber was können wir denn machen? Ich habe ein sehr junges Publikum bei den Lesungen, und eigentlich dürften junge Leute in einer Demokratie so eine Frage gar nicht stellen. Als erstes sage ich: Informiert Euch. Und man kann sich in Deutschland gut informieren. Man kann eine gute Zeitung lesen, die gibt es. Da muss man nicht jeden Artikel akzeptieren, sondern man muss eine zweite Stimme dazu lesen. Dann gibt es das Internet, gute Seiten, wo man eine Gegenmeinung bekommt. Ich nenne mal „The Intercept“, die Nachdenkseiten, Rubikon und man kann auch gelegentlich mal ein gutes Buch lesen. Da nenne ich Noam Chomsky, Howard Zinn, Die Geschichte

des amerikanischen Volkes. Zurzeit lese ich grade drei Bücher, davon will ich eines besonders hervorheben. Das ist von dem Israeli Harari, Eine kurze Geschichte der Menschheit. Davor habe ich von ihm gelesen 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert (6). In dem Buch setzt er sich auch mit Krieg und Terrorismus auseinander. In Glaubensfragen folge ich ihm dann wieder nicht. Man kann sich also informieren, wenn man will. Und man kann sich engagieren. Es gibt gesellschaftliche Organisationen, man kann auch in eine Partei eintreten und dort sagen: Was erzählt Ihr mir da?! Man kann sich politisch engagieren. Diese Welt gehört nicht irgendwelchen Politikern oder Unternehmern, diese Welt gehört Euch, sie gehört uns. Weil ich jetzt schon ein bisschen älter bin, sage ich: Das ist Eure Welt, macht was daraus! Ich habe keinerlei offizielle Funktion mehr. Ich bin nicht mehr im Vorstand eines Medienunternehmens, ich bin nicht mehr Abgeordneter, ich bin nicht mehr Richter. Dafür habe ich angefangen zu schreiben und erreiche damit relativ viele. In einer Demokratie ist das wichtig, weil Politiker vor nichts mehr Respekt haben als vor der öffentlichen Meinung. Weil sie sie brauchen, wenn sie Wahlen gewinnen wollen.

Ein ganz klares Plädoyer von Ihnen zum Lesen, zum Denken, zum Engagement und dazu, sich einzumischen?

Ja, natürlich. Es ist unsere Welt und sie wird so sein, wie wir sie gestalten. Wir sollten unsere Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Demokratie und Menschenrechte endlich vorleben und nicht länger zur Vergewaltigung anderer Völker und Kulturen missbrauchen. Ich glaube an diese Werte.

Vielen Dank für das Gespräch.

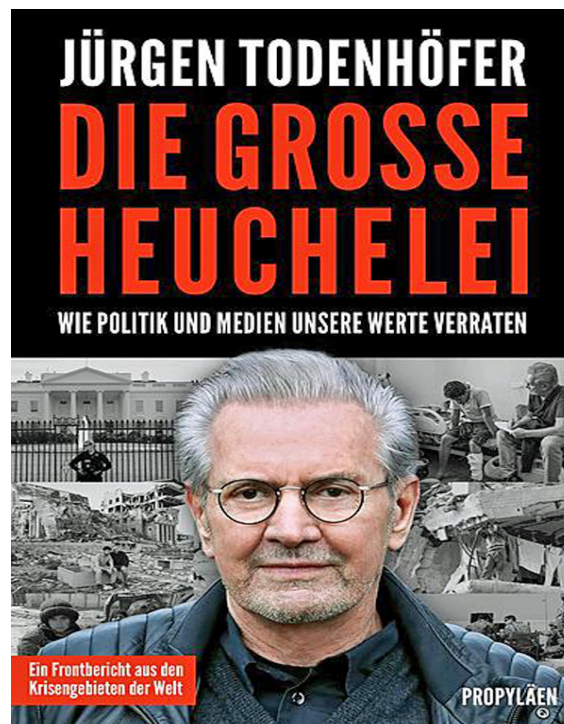


Foto: Zsolt Biczó/Shutterstock.com

Quellen und Anmerkungen:

1) Jürgen Todenhöfer, Die grosse Heuchelei, Wie Politik und Medien unsere Werte verraten. Propyläen Verlag 2019.

(2) Eduardo Galeano (1940 – 2015), Schriftsteller aus Uruguay.

<https://www.peter-hammer-verlag.de/buchdetails/die-offenen-adern-lateinamerikas-broschierte-ausgabe/>

(3) <https://www.facebook.com/JuergenTodenhoefer/>

(4) Dr. Dieter Weingärtner, FAZ epaper, 22.11.2018, nicht mehr aufrufbar: „Die deutsche Sicherheitspolitik tendiert dazu, die Verfassungslage zu ignorieren. Notfalls biegt die Bundesregierung die verfassungsrechtlichen Grundlagen eines Einsatzes zurecht — und erhält dazu auch noch die Zustimmung des Bundestages.“

(5) https://www.focus.de/politik/deutschland/wuetender-facebook-beitrag-publizist-todenhoefer-zeigt-gauck-als-terroristen_id_3929740.html; <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ueberdreher-gotteskrieger-scharfe-kritik-an-todenhoefer-nach-attacke-gegen-gauck-13000177.html>

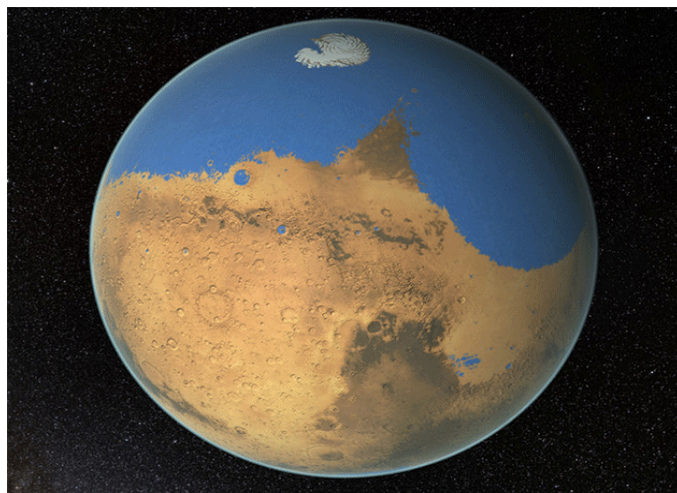
(6) The Intercept: <https://theintercept.com/>; Die Nachdenkseiten: <https://www.nachdenkseiten.de/>; Rubikon: <https://www.rubikon.news/>; NoamChomsky: <https://chomsky.info/HowardZinn>; <https://www.perlentaucher.de/autor/howard-zinn.html>, YuvalNoahHarari: <https://www.randomhouse.de/Paperback/Eine-kurze-Geschichte-der-Menschheit/Yuval-Noah-Harari/Pantheon/e441313.rhd>; Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-grosse-heuchelei>

Neuer Wasserkreislauf auf dem Mars entdeckt

Andreas Müller 11/05/2019 Foto: Zsolt Biczó/Shutterstock.com

[Facebook](#) [Twitter](#) [Pocket](#) [Email](#) [Pinterest](#) [SMS](#) [LinkedIn](#) [Reddit](#) [Facebook](#) [Messenger](#) [WhatsApp](#) [Telegram](#) [Teilen](#)

Lesezeit: ca. 4 Minuten



(Illu). Copyright: NASA/GSFC

So könnte der Mars vor Milliarden von Jahren ausgesehen haben:
Einen Teil seiner Oberfläche dürfte ein Ozean bedeckt haben

Moskau (Russland) – Während der Mars einst – vergleichbar mit unserer Erde – ein wasserreicher Planet war, ist er heute oberflächlich betrachtet trocken. Wie der Mars seine einst reichen Wasservorräte verloren haben könnte, beschreiben russische und deutsche Planetenwissenschaftler nun anhand ihrer Entdeckung eines einzigartigen Wasserkreislaufs auf dem Roten Planeten.

„Etwa alle zwei Erdenjahre, wenn auf der Südhalbkugel des Mars Sommer herrscht, öffnet sich eine Art Fenster“, beschreiben die Forscher um Dmitry Shaposhnikov vom Moskauer Instituts für Physik und Technologie gemeinsam mit Kollegen um Paul Hartogh vom Max-Planck-Institut für Sonnensystemforschung im Fachjournal „**Geophysical Research Letters**“ (DOI: **10.1029/2019GL082839**) und erläutern dazu weiter: „Nur dort und nur zu dieser Jahreszeit kann Wasserdampf effizient aus der unteren Atmosphäre in die obere aufsteigen. Dort tragen Winde das seltene Gas bis zum Nordpol. Während ein Teil des Wasserdampfes zerfällt und ins All entweicht, sinkt der Rest in Polnähe zurück nach unten.“

In Computersimulationen zeigen die Planetenwissenschaftler, wie Wasserdampf die Barriere aus kalter Luft in der mittleren Atmosphäre des Mars überwindet und höhere Luftschichten erreicht. Zugleich könnten die Modelle helfen zu verstehen, warum der einst wasserreiche Mars – anders als die Erde – den Grossteil seines Wassers verloren hat.

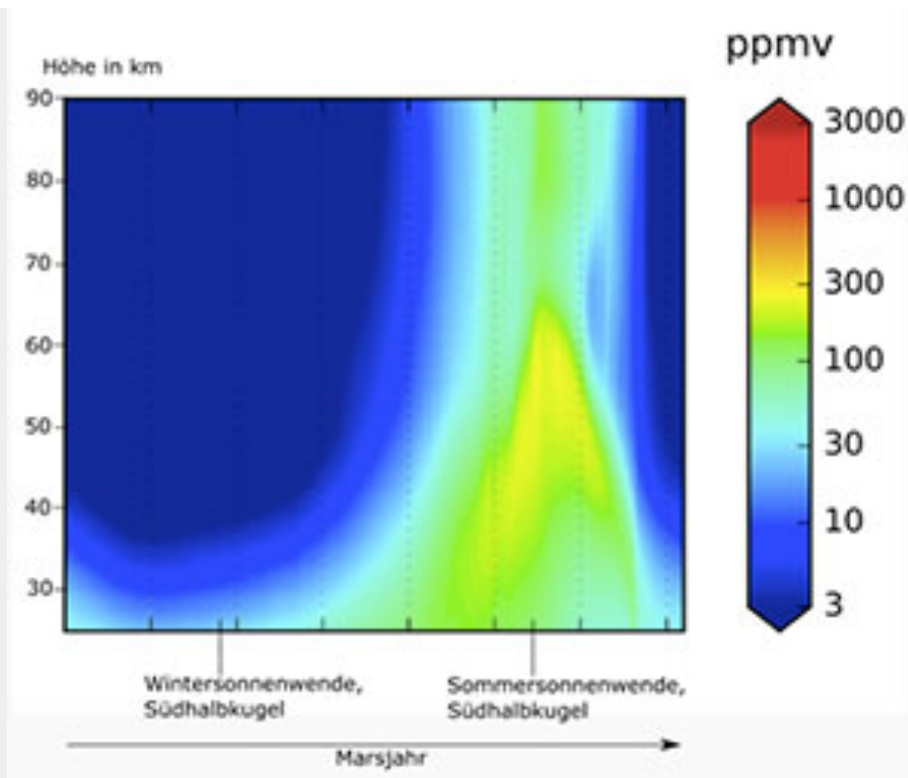
Hintergrund

Vor Milliarden von Jahren war der Mars ein wasserreicher Planet, auf dem es Flüsse und sogar einen Ozean gab. Seitdem hat sich unser Nachbarplanet stark verändert: Heute existieren im Boden nur geringe Mengen gefrorenen Wassers; in der Atmosphäre kommt Wasserdampf nur in Spuren vor. Mindestens 80 Prozent seiner ursprünglichen Wasservorräte dürfte der Mars verloren haben. In der oberen Atmosphäre spaltete ultraviolette Strahlung von der Sonne Wassermoleküle in Wasserstoff (H) und Hydroxylradikale (OH) auf. Der Wasserstoff entwich von dort unwiederbringlich ins All. Quelle: MPS

Messungen von Raumsonden und Weltraumteleskopen zeigen allerdings, dass noch immer Wasser auf diesem Wege verlorengeht. Wie dies jedoch überhaupt möglich ist, darüber grübeln Wissenschaftler bis heute. Das Problem: Die mittlere Atmosphärensicht des Mars müsste – ebenso wie die Tropopause der Erde – das aufsteigende Gas eigentlich aufhalten. Schliesslich ist diese Region in der Regel so kalt, dass dort Wasserdampf gefrieren müsste. Wie erreicht der Wasserdampf dennoch die oberen Luftschichten?

In ihren aktuellen Simulationen fanden die russischen und deutschen Forscher einen bisher unbekannten Mechanismus, der an eine Art Pumpe erinnert: „Das Modell beschreibt umfassend die Strömungen in der gesamten Gashölle, die den Mars umgibt: von der Oberfläche bis zu einer Höhe von 160 Kilometern. Die Rechnungen zeigen, dass die normalerweise eiskalte mittlere Atmosphäre zweimal am Tag durchlässig wird für Wasserdampf – aber nur an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Jahreszeit.“

Eine entscheidende Rolle spiele dabei die Umlaufbahn des Mars: „Sein etwa zwei Erdenjahre während der Weg um die Sonne ist deutlich elliptischer als der unseres Planeten. Am sonnennächsten Punkt (der in etwa mit dem Sommer der Südhalbkugel zusammenfällt) trennen den Mars etwa 42 Millionen Kilometer weniger von der Sonne als im sonnenfernsten. Der Sommer auf der Südhalbkugel ist deshalb merklich wärmer als jener auf der nördlichen Hemisphäre.“



Vertikale Verteilung des Wasserdampfs auf dem Mars im Verlauf eines Marsjahres, hier um 3 Uhr morgens lokaler Zeit. Nur wenn auf der Südhalbkugel Sommer herrscht, kann Wasserdampf höhere Luftschichten erreichen. Copyright: aus GPL, Shaposhnikov et al.: Seasonal „Water“ Pump in the Atmosphere of Mars: Vertical Transport to the Thermosphere.

Herrscht auf der Südhalbkugel also Sommer, kann dort lokal Wasserdampf zu bestimmten Tageszeiten mit wärmeren Luftmassen aufsteigen und die obere Atmosphäre erreichen. In den oberen Atmosphärenschichten tragen Luftströme dann das Gas entlang der Längengrade zum Nordpol, wo es abkühlt und wieder hinabsinkt. Ein Teil des Wasserdampfes entkommt diesem Kreislauf jedoch, wenn unter dem Einfluss der Sonnenstrahlung die Wassermoleküle zerfallen und Wasserstoff ins All entweicht.

www.grenzwissenschaft-aktuell.de + **HIER** können Sie den **täglichen kostenlosen GreWi-Newsletter** bestellen +

Eine weitere marsianische Besonderheit kann den ungewöhnlichen Wasserkreislauf zudem auch noch verstärken: gewaltige, den gesamten Planeten umspannende Staubstürme, die den Mars im Abstand mehrerer Jahre immer wieder heimsuchen. Die letzten Stürme dieser Art ereigneten sich 2018 (in dessen Folge der NASA-Mars-Rover XXX seinen Dienst einstellte, ... GreWi berichtete) und 2007 wurden sie von Raumsonden in einer Marsumlaufbahn umfassend dokumentiert. „Die Staubmengen, die während eines solchen Sturms durch die Atmosphäre wirbeln, erleichtern den Transport von Wasserdampf in hohe Luftschichten.“



Immer wieder kommt es auf dem Mars zu Staubstürmen, die den gesamten Planeten überziehen, wie hier im Juni 2018. Die Aufnahme stammt vom NASA-Rover Curiosity. Stürme dieser Art können den Transport von Wasser in die obere Marsatmosphäre erleichtern.

Copyright: NASA

Die Wissenschaftler berechneten, dass während des Staubsturms von 2007 doppelt so viel Wasserdampf die obere Atmosphäre erreichte wie bei einem sturmlosen Sommer auf der Südhalbkugel des Mars: Da die Staubpartikel Sonnenlicht absorbieren und sich dadurch erwärmen, steigen die Temperaturen in der gesamten Atmosphäre um bis zu 30 Grad. „Unser Modell bildet in bisher unerreichter Genauigkeit ab, wie der Staub in der Atmosphäre die mikrophysikalischen Prozesse, die bei der Umwandlung von Eis in Wasserdampf eine Rolle spielen, beeinflusst.

„Die Marsatmosphäre ist offenbar durchlässiger für Wasserdampf als die der Erde“, schlussfolgern die Wissenschaftler abschliessend. „Der neue gefundene saisonale Wasserkreislauf trägt massiv dazu bei, dass der Planet weiterhin Wasser verliert.“

© grenzwissenschaft-aktuell.de

Quelle: <https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/neuer-wasserkreislauf-auf-dem-mars-entdeckt20190511/>

Der nächste Krieg Deutschland darf sich nicht an einer gefährlichen Eskalationspolitik gegenüber dem Iran beteiligen.

von Mohssen Massarrat Samstag, 11. Mai 2019, 15:57 Uhr~4 Minuten Lesezeit

Foto: Emanuele Mazzoni Photo/Shutterstock.com

Ist man zur Feindseligkeit entschlossen, findet sich auch ein Feind. Die US-Militärmaschinerie muss am Laufen gehalten werden, die Macht strebt danach, sich nach und nach alle bisher noch unabhängigen Länder der Erde zu unterwerfen. So sind die durch Donald Trump nochmals angeheizten Spannungen gegenüber dem Iran brandgefährlich. Der Welt-Vormund gibt sich aber nicht damit zufrieden, selbst den Kalten Krieg mit dem muslimischen Land immer weiter aufzuheizen; es wird auch auf andere Länder Druck ausgeübt, die zerstörerische Sanktionspolitik der USA nicht zu unterlaufen. Wie immer brav dabei: Deutschland, das damit seinen eigenen Wirtschafts- und Friedensinteressen zuwider handelt.

Offener Brief von Mohssen Massarrat an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Aussenminister Heiko Maas.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Aussenminister, seit gestern und nach der spektakulären Umplanung seiner Reise nach Bagdad leitete der US-Aussenminister Mike Pompeo vor aller Weltöffentlichkeit und demonstrativ einen neuen gefährlichen Schritt gegen die Islamische Republik Iran ein, vor dem Sie als Repräsentanten des stärksten EU-Staates nicht untätig bleiben können. Die Behauptung des US-Aussenministers, die USA befürchteten einen iranischen Drohnenkrieg gegen die im Irak stationierte US-Armee, erinnert an die Lüge des früheren US-Aussenministers, Colin Powell, Irak sei im Besitz von Atomwaffen, die als Vorwand für den Irak-Krieg 2003 herangezogen wurde. Der Irak-Krieg hat,

wie Sie wissen, unermessliches Leid für die Bevölkerungen im Mittleren Osten gebracht und hat auch Europa grossen Schaden zugefügt. Diese bittere Erfahrung darf nicht wiederholt werden.

Seit seiner Regierungsübernahme verfolgt Donald Trump, der Präsident der Vereinigten Staaten, gegenüber Iran eine offen und kompromisslos feindselige Politik, die für kaum jemanden in der Welt nachvollziehbar ist. Mit grosser Sorge beobachte ich, als iranischstämmiger Bürger der Bundesrepublik Deutschland, eine systematische Eskalationspolitik der USA gegenüber Iran, die irgendwann nicht mehr aufzuhalten sein könnte.

- Die US-Regierung verhängte im Mai 2018 schrittweise Sanktionen, deren Ziel offensichtlich darin bestand, die Bevölkerung im Iran ins Elend zu stürzen und sie für einen Regime Change aufzuwiegen. Diese Sanktionen verletzen die Artikel 1 und 2 der UN-Charta und sind daher völkerrechtswidrig.
- Die US-Regierung setzt sämtliche Regierungen der Welt, die mit Iran Handel treiben, massiv unter Druck, bricht so nicht nur selbst das Völkerrecht und internationale Abkommen, wie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT der WTO; sie fordert damit auch diese Regierungen dazu auf, ebenfalls das internationale Recht und die UN-Sicherheitsratsresolutionen zu brechen. Kein Imperium zuvor hat sich derart rigoroser Befugnisse gegen Recht und Ordnung bemächtigt.
- In diese Richtung geht auch die Entscheidung der US-Regierung, die iranischen Revolutionsgarden, die unzweifelhaft Bestandteil der Armee der Islamischen Republik sind, auf ihre Terroristenliste zu setzen. Dies stellt ein völkerrechtlich hochbrisantes Novum dar und erhöht die Gefahr weiterer politischer Eskalationen, die sich leichtfertig in einem Krieg entladen können.
- Gerade in diesen Tagen und vor der Ankunft des US-Aussenministers Pompeo in Bagdad beorderte die US-Regierung ihren Flugzeugträger Abraham Lincoln in die Gewässer des Persischen Golfs. Sie unternimmt damit einen Schritt, der von Iran als eine massive Provokation gegen seine territoriale Integrität wahrgenommen werden dürfte.
- Für diese offene Eskalationspolitik der USA gegen Iran gibt es keinen erkennbaren politischen Anlass, erst recht auch keinen völkerrechtlichen und auch keinen moralischen Grund.

Ich möchte hiermit, Frau Bundeskanzlerin und Herr Bundesausserminister, – sicherlich auch im Namen vieler Iranerinnen und Iraner, die sich nicht direkt an Sie wenden können – vor den ungeheuren Folgen eines drohenden Krieges für den Mittleren Osten, für Europa und die gesamte Welt warnen. Neue Verbrechen durch Tötung der Zivilbevölkerung, durch Umweltzerstörungen, aber auch durch Fluchtbewegungen werden im Falle eines Iran-Krieges um ein Vielfaches höher sein als die Folgen aller US-Kriege im Irak, in Libyen und Syrien zusammen.

Ich bin mir bewusst, dass die oben skizzierte aggressive Politik der gegenwärtigen US-Regierung nicht von allen verantwortlichen Politikern in den USA gutgeheissen wird. Gerade deshalb halte ich es für enorm wichtig, die Gegner der gefährlichen Eskalationspolitik der Trump-Regierung in den USA zu unterstützen und zu stärken. Deshalb rufe ich Sie, Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel und Herr Aussenminister Heiko Maas, zusammen mit der Aussenbeauftragten der Europäischen Union, Federica Mogherini, und allen anderen Regierungen in Europa dazu auf:

- schon jetzt öffentlich zu erklären, dass Deutschland und die EU sich an einem Iran-Krieg nicht beteiligen werden,
- sich für die Bewahrung und Stärkung des Völkerrechts und für die Einhaltung der internationalen Abkommen einzusetzen,
- die US-Regierung aufzufordern, zu einer Politik der internationalen Kooperation zurückzukehren, die zur Schaffung der Vereinten Nationen geführt hat, sowie
- ganz konkret am Gelingen der seit November 2018 in New York laufenden Verhandlungen für die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten aktiv mitzuwirken und sich ebenfalls dafür einzusetzen, dass auch die USA und Israel an den Verhandlungen teilnehmen.



Foto: Emanuele Mazzoni Photo/Shutterstock.com

Mohssen Massarrat, 1942 in Teheran geboren, lebt seit 1960 in Deutschland, absolvierte zunächst ein ingenieurwissenschaftliches Studium, promovierte in Politik- und habilitierte dann in Wirtschaftswissenschaften. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2007 war er Professor für Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Artikel zu den Themen Kapitalismus, Energie und Ökologie, nachhaltige Entwicklung, globale Ressourcenkonflikte, Mittlerer Osten, Iran sowie Friedens- und Konfliktforschung. Zuletzt erschien von ihm „Braucht die Welt den Finanzsektor? Postkapitalistische Perspektiven“.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/der-nachste-krieg-4>

Die EU: Demokratiepolitische Probleme auf allen Ebenen

Europa, Standpunkte



pixabay; Bildkomposition: Info-DIREKT

Der Europäischen Union mangelt es nicht nur an demokratischen Mechanismen, sondern auch an der Legitimation durch ihre Bürger.

Auszug aus einem Beitrag von Steffen Richter

Die Europäische Union (EU) regiert mit ihren Regelungen bis in jeden Haushalt. Doch trotz des grossen Einflusses auf das Leben der Bürger weist die Architektur der Union zahlreiche Mängel hinsichtlich der demokratischen Legitimation auf. Dahinter stecken zum einen widerstrebende Europaideen. Zum ande-

ren spiegeln die Institutionen den Kampf der Mitgliedstaaten um Macht und Einfluss wider. Auf die Bürger wirken die Segnungen „aus Brüssel“ daher zunehmend undurchsichtig, schwer zu beeinflussen und nicht nachvollziehbar.

Der Vertrag von Lissabon

Die EU hat ein Problem: Der Wille der europäischen Völker ist oft nicht deckungsgleich mit dem, was die hemmungslos pro-europäischen Eliten des westlichen Kontinents fordern. Besonders erkennbar wurde dies, als 2004 eine europäische Verfassung ratifiziert werden sollte, die aber an ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. Ersatzweise unterzeichneten die europäischen Staats- und Regierungschefs den Vertrag über die Europäische Union, auch Vertrag von Lissabon genannt, der in weiten Teilen identisch ist mit der zuvor geplanten EU-Verfassung. Als die Iren dann über den Lissabon-Vertrag abstimmten und ihn ablehnten, liess man kurzerhand ein zweites Mal abstimmen – nachdem die Bevölkerung entsprechend medial bearbeitet wurde. Ironischerweise postuliert eben jener Vertrag aber bereits in Artikel zwei die Demokratie als zentralen Wert der EU. Nicht nur in Bezug auf dieses Vertragswerk wurde Volkes Stimme eigenwillig ausgelegt. Auch die Architektur der Union an sich weist systematische Fehlkonstruktionen zu Lasten demokratischer Prinzipien auf.

Mehr dazu im vollständigen Text von Steffen Richtiger im aktuellen Info-DIREKT Printmagazin. Am besten gleich ab nur 33,- Euro im Jahr abonnieren!

Das strukturelle Demokratiedefizit

Spricht man vom strukturellen Demokratiedefizit, dann geht es um die Grundvoraussetzungen eines Staatssystems. Also diese Fragen: Gibt es ein einheitliches Staatsvolk mit einer gemeinsamen Sprache und einem Minimum an Einigkeit gewährender Identität? Im Falle der Europäischen Union liegen hier erhebliche Defizite vor. Es existiert auch keine gemeinsame europäische Öffentlichkeit, die den Herrschenden auf die Finger schauen und gesamteuropäische Themen problematisieren könnte. Die Existenz eines einheitlichen Staatsvolkes ist – neben obigem Punkt sowie der Drei-Elemente-Lehre nach Georg Jellinek – noch in weiterer Hinsicht von Bedeutung: Die Legitimität eines Staates lässt sich an Hand von Input- und Output-Kriterien bewerten. Für die Input-Legitimation ist ein Staatsvolk mit gemeinsamer Identität notwendig, das sich über Wahlen und andere Teilhabeformen selbst regiert.

Die fehlende Problemlösungskompetenz

Davon kann auf EU-Ebene aber keinesfalls die Rede sein, zu unterschiedlich sind die vielen europäischen Völker hinsichtlich ihrer Kultur und ihrer Sprachen. Hinzu kommt, dass sie nur geringen direkten Einfluss auf die Politik der EU haben. Über den Output wiederum kann sich ein System legitimieren, wenn die Problemlösungen der Politik allgemeine Akzeptanz erfahren. Spätestens seit der desaströsen Finanzpolitik im Zuge von Eurokrise und -rettung ist aber auch diese Leistungsakzeptanz in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung nicht mehr gegeben. Der mangelnde Aussengrenzschutz seit Beginn der Asylkrise, aber auch die vielen Beispiele, bei denen die EU Dinge zu regeln versucht, die national leichter zu lösen wären, verstärken das Bild einer ineffizienten Institution. Es zeigt sich also ganz deutlich, dass die EU auf allen denkbaren Ebenen Defizite hinsichtlich demokratischer Legitimation und Organisation aufweist. Doch was ist die Lösung?

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2019/05/12/die-eu-demokratiepolitische-probleme-auf-allen-ebenen/>

EU-Wahlen: Britische Brexit-Partei kommt wahrscheinlich auf 34 Prozent der Stimmen



12. Mai 2019 - 15:04

EU-Wahl

In London und Brüssel brennen gleichermassen die Sicherungen durch, wenn man an die EU-Wahlen am 23. bis zum 25. Mai denkt. Durch die Verschiebung des Austritts der Briten aus der Europäischen Union nehmen die britischen Bürger am EU-Wahlgang teil. Und das nutzt die vom EU-Gegner Nigel Farage gegründete sogenannte „Brexit-Partei“ in ihrer Wahlbewegung erfolgreich aus. Aktuell darf die Brexit-Partei mit nicht weniger als 34 Prozent der Stimmen rechnen, wenn man den aktuellen Umfragen Glauben schenken kann.

Die Labour-Partei liegt lediglich bei 21 Prozent, die konservativen Tories gar nur bei elf Prozent und werden sogar noch von den Liberaldemokraten mit zwölf Prozent überholt.

Labour-Partei hat sieben Prozent verloren

In den letzten zwei Wochen hat die Labour-Partei nicht weniger als sieben Prozent verloren. Nigel Farages Partei hat sich demgegenüber mehr als verdoppelt, die Liberaldemokraten haben fünf Prozent gewonnen. Der Erfolg der Brexit-Partei könnte auch insgesamt für die Mehrheitsbildung im künftigen EU-Parlament von nachhaltiger Bedeutung sein.

Dass die diesjährige EU-Wahl gegen die bisherigen Systemparteien ausgehen werden, macht vor allem manche Medien, zuletzt die Tiroler Tageszeitung, in ihrer Berichterstattung reichlich nervös.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0029707-EU-Wahlen-Britische-Brexit-Partei-kommt-wahrscheinlich-auf-34-Prozent-der-Stimmen>

Maassen: Islamisten dürfen in Deutschland das machen, was sie in arabischen Staaten nicht machen dürfen

Epoch Times 12. Mai 2019 Aktualisiert: 12. Mai 2019 10:17



Foto: Jörg Carstensen/dpa

Hans-Georg Maassen bei der Diskussionsveranstaltung des «Berliner Kreises»: «Es sind keine Hit-Teams, die den Islamismus bei uns regelmässig verbreiten.»

Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maassen warnt vor einer wachsenden Einflussnahme islamistischer Bewegungen.

Er habe in seiner früheren Funktion immer wieder den Eindruck gewonnen, dass die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter nicht mit „der notwendigen Sensibilität“ aufgenommen worden seien, sagte Maassen – selbst CDU-Mitglied – bei einer Veranstaltung des konservativen „Berliner Kreises“ innerhalb der Union am Samstag. Dies seien wohl auch „Ergebnisse von islamistischer Propaganda und Desinformation.“

„Schleichende Entwicklung, ein Gift“

Sowohl in Deutschland als auch in Europa würden extremistische Bestrebungen unterschätzt, sagte Maassen. Es handle sich um „eine schleichende Entwicklung, ein Gift“, mahnte er mit Bezug nicht nur auf Islamismus in einem Sitzungssaal des Bundestags.

„Der Extremismus ist leise und wird aus meiner Sicht vielfach unterschätzt, weil man gerade immer auf den Qualm, auf die Anschläge und dergleichen schaut“, sagte Maassen. „Es sind keine Hit-Teams, die den Islamismus bei uns regelmässig verbreiten.“ Vielmehr seien manche der Protagonisten gut gebildet und würden als „wohlintegriert“ gelten. Im Umgang mit solchen Menschen seien Gesetzesverschärfungen nötig.

Maassen beklagte auch, dass staatliche Stellen im Kampf gegen radikalen Islamismus kein Gegenüber aufseiten moderater oder säkularer Muslime fänden. „Es gibt nicht diese Ansprechpartner in Deutschland –

Es gibt zu viele Ansprechpartner in Deutschland“, sagte Maassen mit Blick auf die Vielzahl muslimischer Verbände.

Es fiel uns damals ausgesprochen schwierig, der Politik Organisationen, muslimische Organisationen, zu benennen, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden.“

Es funktionierte nach seiner Erfahrung nicht, Radikalisierung mit Hilfe von Extremisten einzudämmen, sagte Maassen. „Ich bin immer wieder gegen eine Betonwand gelaufen“, sagte er zu Gesprächen mit Vertretern der Muslimbruderschaft, die die Errichtung eines Staates mit islamischen Werten anstrebt und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Die andere Seite habe stets zunächst über Islamfeindlichkeit sprechen wollen.

„Die bringen ihre Denke mit nach Deutschland“

In Deutschland habe man noch nicht begriffen, dass man mit dem Islam nicht umgehen könne wie mit christlichen Kirchen, bemängelte Maassen. Auf einer Auslandsreise als Verfassungsschutzchef habe ihn ein Kollege aus dem arabischen Raum verständnislos gefragt, ob er sich denn nicht die Freitagsgebete der Moscheen zur Billigung vorlegen lasse. Das könne natürlich keine Lösung sein, stellte Maassen klar.

„Die bringen ihre Denke mit nach Deutschland, wissen aber, dass sie in Deutschland im Grunde genommen all das machen dürfen, was sie in den arabischen Staaten dort nicht machen dürfen“, warnte Maassen mit Blick auf Islamisten.

„Wir müssen das einfach im Kopf behalten, dass in anderen, in den muslimischen Staaten, man ganz anders damit umgeht, und dass sie im Grunde genommen hier ein Wild West für sich haben.“

Er beklagte auch, zum Teil erhaltenen Vereinigungen staatliche Fördergelder, vor denen der Inlandsgeheimdienst ausdrücklich warne. Ähnlich äusserte sich auch die neben Maassen geladene Bloggerin Sigridd Herrmann-Marschall, die sich mit islamistischen Strukturen befasst und vor Extremismus mit bürgerlichem Gesicht warnte.

Beim „Berliner Kreis“ kam Maassen, ein Kritiker der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, gut an. Vor seinem Auftritt hatte er im „Kölner Stadt-Anzeiger“ noch einen Kurswechsel der CDU gefordert. Die Düsseldorf-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel, die zu der Veranstaltung eingeladen hatte, dankte Maassen. „Ich weiss, wie gefährlich das Thema ist, ich weiss, wie unerwünscht das Thema ist.“ Über Zwangsverheiratungen oder Morde vermeintlich im Namen der Ehre werde zu wenig gesprochen. Sie selbst werde von Kritikern in die Nähe der AfD gerückt, um Dinge unter den Teppich zu kehren.

Maassen soll kein Gehör finden

Mit Unbehagen blickte offenbar die Fraktionsführung auf die Veranstaltung, die ursprünglich im Fraktionsaal der Union stattfinden sollte. Nachdem bekannt wurde, dass Maassen kommt, musste der „Berliner Kreis“ in einen Sitzungssaal des Bundestags ausweichen.

Maassen war als Präsident des Bundesverfassungsschutzes in die Kritik geraten, nachdem er Videos über angebliche „Hetzjagden“ gegen Migranten in Chemnitz bezweifelt hatte. Im November versetzte Innenminister Horst Seehofer (CSU) Maassen in den einstweiligen Ruhestand, nachdem dieser laut einem Redemanuskript von teils „linksradikalen Kräften in der SPD“ gesprochen hatte. (dpa/so)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/maassen-islamisten-duerfen-in-deutschland-das-machen-was-sie-in-arabischen-staaten-nicht-machen-duerfen-a2883152.html#>



<https://gefira.org/en/2019/05/07/a-criminal-phenomenon/>
George Soros und das „Geschäft“ mit der illegalen Einwanderung
– Ein kriminelles Phänomen
von GEFIRA, via zero hedge, 12.05.2019
 EIN INTERVIEW MIT FRANCESCA TOTOLLO

„Nie zuvor hat ein kriminelles Phänomen weitreichendere Unterstützung bei Regierungen, politischen Parteien, religiösen und privaten Organisationen und in der öffentlichen Meinung erhalten, und nie zuvor hat ein souveräner Staat die Kontrolle über seine Grenzen aufgegeben.“

Diese einleitenden Worte von Gianandrea Gaiani sind ein passendes Vorwort für Francesca Totolos neuestes Buch „INFERNO SPA“. (SPA ist die italienische Abkürzung einer Aktiengesellschaft, gleich AG) Gaiani

ist nicht neu im Geschäft der illegalen Einwanderung, er hat bereits mehrere Bücher zu diesem Thema geschrieben. Er wurde 2017 von Gefira interviewt, als die italienische Regierung noch eine Mitte-Links Koalition war. Totolo hat einem Exklusiv-Interview mit Gefira zugestimmt und wir haben sie in Florenz getroffen, wo sie ihr neues Buch vorstellte.

Francesca Totolo ist eine unabhängige Investigativ-Journalistin und arbeitet mit verschiedenen italienischen und internationalen Presseagenturen und Webseiten zusammen. Ihre Recherchen wurden in Italien und im Ausland veröffentlicht. Wir können Totolo sicher als eine gewissenhafte – und unverblünte – Journalistin bezeichnen, denn ihr neues Buch, das sie mit Dantes *Inferno* im Hinterkopf schrieb, ist genau das: solide, sorgfältige, gewissenhafte Forschung und Fakten-checkend. Das Ergebnis gleicht einer Enzyklopädie des Who is Who in diesem Geschäft der Einwanderungsindustrie. Eine Industrie, die einen endlosen Strom an Menschen und Geld bewegt.

All diese teuflischen Charaktere haben am Ende einen Master Mind, der sich wie ein moderner und schändlicher Vergil verhält: George Soros und sein überwältigendes Netzwerk. Totolo ist bereit, am Ende ihres Buches darauf hinzuweisen, dass Soros selbst ein Akteur ist, wenn auch auf höchstem Niveau, und sein Gesicht höheren "Machern hinter den Kulissen" gibt, die bereits beschlossen haben, dass die ursprüngliche europäische Bevölkerung ersetzt werden muss.

GEFIRA: Wie lange haben Sie an diesem Thema gearbeitet und was sind Ihre Primärquellen?

TOTOLO: Eigentlich wurde mein Interesse durch die ersten Artikel von Gefira (Ende 2016 – Anfang 2017) geweckt, die zweifellos den Schmuggel von Einwanderern dokumentiert haben. Das Buch ist somit das Ergebnis einer zweijährigen Forschung. Seitdem habe ich diese NGOs und ihre Webseiten nacheinander überprüft und sie sogar direkt aufgefordert, Informationen preiszugeben, insbesondere über ihre Finanzen: Natürlich war ich mit der grössten Verleugnung konfrontiert, oder bestenfalls mit streng bereinigten Berichten, in denen nichts über ihre Finanzquellen gesagt wurde. Was mich an einigen dieser NGO-Webseiten beeindruckt hat, ist, dass sie sich über das Gesetz stellen, mit absoluter Sicherheit vor Strafverfolgung.

GE: Wie steht es mit den sogenannten Massenmedien, den grossen Zeitungen: wie steht es mit deren Quellen, wenn sie über dieses Thema schreiben?

FT: Ihre Hauptquellen sind die Presseveröffentlichungen der NGOs. Muss man mehr dazu sagen?

GE: Was haben Ihrer Meinung nach diese ganzen NGOs gemeinsam?

FT: Diese ganzen internationalen NGOs wie Avaaz, Oxfam, Amnesty International, Human Rights Watch und viele andere haben mit Sicherheit eines gemeinsam: ihre finanzielle Quelle, und die ist Soros. Ihre Rolle war es, und ist es weiterhin, der italienischen Bevölkerung ein Schuldgefühl zu verleihen, wenn sie keine Einwanderer akzeptieren: legal oder illegal, sie müssen auf alle Fälle akzeptiert werden. Also diese NGOs, ich nenne sie gerne die modernen Charone (Anm.d.Ü.: der Charon: der Fährmann in der Mythologie, der die Toten über den Totenfluss bringt), haben im Grunde – direkt oder indirekt – in den letzten Jahren etwa 700 000 Menschen nach Italien geschmuggelt. Man muss verstehen, dass so etwas von Anfang an eine geplante Operation war.

GE: Wann hat das Ihrer Meinung nach angefangen?

FT: Lassen Sie mich nur soviel sagen: Bereits 2008 wurde in Rom der Verein "Carta di Roma" gegründet. Er kann als die erste NGO angesehen werden, die direkt von Soros in Italien finanziert wurde. Was ist der Zweck dieses "Journalistenverbandes"? Die "Förderung korrekter Informationen über Einwanderer, Flüchtlinge und Asylbewerber in Italien". Lässt das nicht zwangsläufig vermuten, dass Soros bereits 2008 wusste, was drei Jahre später in Libyen passieren würde und damit den Weg für einen "Paradigmenwechsel" bereitet hat?

GE: Was ist mit dieser ganzen Galaxie italienischer NGOs, die von Soros finanziert werden?

FT: Sie zählen in meinem Buch zu den Verrätern an ihrem eigenen Volk. Eine sticht mit Sicherheit heraus: ASGI.

GE: Wer ist ASGI?

FT: Ich nenne ASGI gerne den judikativen Arm von Soros in Italien. ASGI (Associazione Studi Giuridici sull'Immigrazione) arbeitet nicht nur daran, neue einwanderungsfreundliche Gesetze zu fördern, sondern

jeder Strafverfolgungsmassnahme der italienischen Regierung mit einer Fülle von Beschwerden zu begegnen, die das Justizsystem ersticken und es notorisch langsam machen. Es ist ihnen sogar gelungen, das Recht jedes Neugeborenen, unabhängig von seinem Rechtsstatus, auf einen 800-Euro-Bonus vom INPS, dem italienischen Sozialamt, gesetzlich zu verankern. Sie gingen auch so weit, mehrere verurteilte Kriminelle vor Gericht zu verteidigen, die ihre Abschiebung in ihre Herkunftsländer verhindern. Und wie ich herausgefunden habe, sind italienische NGOs wie ASGI Teil eines internationalen Netzwerks von NGOs wie ENAR.

GE: Was ist ENAR?

FT: ENAR steht für *European Network Against Racism*, bestehend aus verschiedenen NGOs und Verbänden. Ein Netzwerk, das nicht nur von der Open Society, sondern auch von der EU und einer amerikanischen NGO, dem NDI (National Democratic Institute), finanziert wird, das direkt von der US-Regierung über die berüchtigte und allgegenwärtige Agentur USAID finanziert wird. Alle diese Agenturen tragen dazu bei, das zu schaffen, was wir Orwellschen Neusprech nennen könnten.

GE: Was meinen Sie damit?

FT: Die bereits erwähnte Pressevereinigung "Carta di Roma" "empfiehlt" nun, jeden möglichen Hinweis auf die ethnische Herkunft eines Kriminellen aus einem veröffentlichten Artikel zu streichen. Als Journalist könnte man jetzt sogar strafrechtlich verfolgt werden, wenn man Wörter wie "heimlich" oder "Zigeuner" verwendet, und allein von der Erwähnung der Nationalität eines Kriminellen wird „stark abgeraten“. All das ist die Schaffung und Durchsetzung von Neusprech.

GE: Neusprech, das von den der Presse und den gefügigen Politikern, die sich dieser Sache verschrieben haben, umgesetzt werden muss. Welche italienischen Politiker erwähnen Sie in ihrem Buch?

FT: Ich könnte mit dieser Liste nicht beginnen, ohne Emma Bonino zu nennen. Sie kann durchaus als die rechte Hand von Soros in Italien angesehen werden. Sie hat "Più Europa" (mehr Europa) gegründet, eine Partei, die direkt von der Open Society finanziert wird. Das spricht Bände.

GE: Was ist mit dem früheren Premierminister Matteo Renzi?

FT: Während meiner Recherchen mit Luca Donadel, einem anderen investigativen Journalisten, machte ich eine interessante Entdeckung über einen geheimen Deal im Jahr 2015, den Renzi in seiner Eigenschaft als Premierminister der italienischen Regierung mit Irland und Malta abgeschlossen hatte und der von seinem Nachfolger Gentiloni verlängert wurde. Es galt, was wir herausfinden konnten, zumindest bis 2017. Es hiess Operation Pontus.

GE: Pontus erinnert irgendwie an Brücke, nicht wahr?

FT: Eine Brücke, die von der irischen Marine mit mindestens sechs verschiedenen Militärschiffen betrieben wurde und höchstwahrscheinlich – ohne es zu wissen – von den italienischen Steuerzahlern bezahlt! Diese Entdeckung geht auf den Sommer 2017 zurück, als ich zusammen mit Donadel ein irisches Militärschiff bemerkte, das regelmässig sizilianische Häfen anlief. Was uns misstrauisch machte war die Tatsache, dass die Republik Irland damals nicht zur Operation Frontex gehörte, der von Italien koordinierten EU-SAR-Task Force (Search and Rescue). Diese Aktivität wurde von der italienischen Presse überhaupt nicht erwähnt. Die Iren haben jedoch ohne Widerwillen auf unsere Anfragen geantwortet.

GE: Und die Antwort war?

FT: Dass die irische Marine tatsächlich an SAR-Operationen im Rahmen eines bilateralen Abkommens mit der italienischen Regierung beteiligt war, das im Mai 2015 unterzeichnet und dann 2016 und 2017 erneuert wurde. In der offiziellen Erklärung des irischen Verteidigungsministeriums wurde deutlich gemacht, dass die irische Marine in enger Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden arbeitet. Dann wurden die Iren plötzlich schmallippig: Sie hörten auf, meine Anfragen nach der Finanzierung dieser etwas geheimen Operation zu beantworten. Warum diese plötzliche Zurückhaltung? Meine Vermutung ist, dass Renzi und Gentiloni ihre eigene SAR-Operation hatten, die von den ahnungslosen italienischen Steuerzahlern finanziert wurde, und die Iren fühlten sich unwohl dabei, zu enthüllen, was wirklich vor sich ging. Später stellte sich heraus, dass dies nicht die einzige geheime Operation der italienischen Regierung war.

GE: Was ging da noch vor sich?

FT: Im Juli 2018 enthüllte der Führer der Opposition gegen die maltesische Regierung, Arian Delia, die Existenz eines geheimen Abkommens zwischen Renzi und Maltas Premierminister Joseph Muscat aus dem Jahr 2014. Delia erwähnte nicht weniger als einen Vertrag zwischen den beiden: Malta würde Italien Ölförderrechte in maltesischen Gewässern gewähren, wenn SAR-Schiffe nicht die Möglichkeit hätten, Einwanderer in maltesischen Häfen zu entladen.

GE: Gab es dazu von einer der beiden Regierungen einen Kommentar?

FT: Bisher nicht.

GE: Welche anderen Soros-freundlichen italienischen Politiker sollte man noch erwähnen?

FT: Emma Bonino mit ihrer jahrzehntelangen Freundschaft zu Soros eröffnet eigentlich eine ziemlich lange Liste. Es gibt mindestens vierzehn italienische Mitglieder des Europäischen Parlaments, die als "zuverlässige Verbündete" der Open Society gelten. Dies wurde von Hackern öffentlich gemacht, die den Server der Open Society durchsuchten. Dann kann Soros immer auf "alte Freunde" in der italienischen Politik zählen, wie Romano Prodi, der 1995 von der Universität Bologna sogar die Verleihung eines Ehrendiploms in Wirtschaftswissenschaften an Soros veranlasste, an einen Mann, der nur 3 Jahre zuvor das Äquivalent von 8 Milliarden Euro eingesteckt hatte, als er gegen die italienische Lira spekulierte! Im folgenden Jahr 1996 wurde Prodi Premierminister und 1999 Präsident der EU-Kommission. Aber das sind natürlich nur Zufälle.

GE: Last but not least. Können wir Ihre Meinung zu den aktuellen Ereignissen in Libyen und der potenziellen Gefahr für eine neue Welle von Migranten über italienische Küsten nach Europa erfahren?

FT: Was jeden Italiener über die Situation in Libyen beunruhigen sollte, ist, dass sie der von 2011 dramatisch ähnelt: eine gesplante italienische Regierung, die auf der internationalen Bühne keine wirklichen Spuren hinterlassen kann, eine Vielzahl von Ländern, die jederzeit bereit sind, aus eigenen nationalen Interessen gegen Italien zu kämpfen.

GE: Wer sticht aus diesen Ländern heraus?

FT: Frankreich, ohne Zweifel. Frankreich ist sicherlich nicht bereit, seine wirtschaftlichen Interessen in Libyen zu verlieren. Frankreich hat Gaddafi in einer gemeinsamen Operation mit den USA im Jahr 2011 effektiv beseitigt, was zu einer völligen Destabilisierung des Landes und der daraus resultierenden biblischen Massenmigration von Afrikanern südlich der Sahara führte. Es kann wieder passieren, wenn Libyen in einen umfassenden Bürgerkrieg gestürzt wird. Es gibt unbestätigte Berichte über Zahlen wie 800.000 Menschen, die bereit sind, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Ich habe Berichte, dass die gleichen kriecherischen NGO, die ich in dem Buch erwähnt habe, Druck ausüben, damit "humanitäre Korridore" nach Europa geöffnet werden, die jeden Einwanderer als "Flüchtling" behandeln. Die Situation ist in der Tat volatil, und wir müssen hoffen, dass die gegenwärtige italienische Regierung ihren Kurs, die Häfen geschlossen zu halten, beibehält.

GE: Wie immer gibt es viele Haie da draussen, die bereit sind, in trüben Gewässern ihr Bestes zu geben.

FT: In der Tat.

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/soros-und-die-illegale-einwanderung-12-05-2019/>

Fassade „Gewaltenteilung“ im Parteienstaat

Veröffentlicht am 13. Mai 2019

Die Verteilung der staatlichen Gewalt auf Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung) und Judikative (Gerichte), die voneinander unabhängig sich gegenseitig kontrollieren sollen, gilt als tragendes Organisationsprinzip eines demokratischen Rechtsstaats. Sie ist daher auch im Grundgesetz verankert. Zum einen ist das in der Realität jedoch nicht sauber durchgeführt, und zum anderen halten die jeweils herrschenden Parteien alle drei Gewalten in einer Hand und heben die Teilung vollends auf. Eine Parteien-Clique beherrscht den Staat und macht ihn zu ihrem schein-demokratischen Herrschaftsinstrument.

Jochen Mitschka schreibt in einem lesenswerten Artikel: „*Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschliessen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt*

die exekutive Gewalt einschliesslich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie! (...) Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, dass Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verlässt, ist verlasssen.“¹

Die Judikative

Der erfahrene Richter Udo Hochschild stellt, bezogen auf Bayern, nüchtern fest:

„Eine politische Partei stellt die Mehrheit der Abgeordneten und dominiert das Parlament. Dieselbe Partei stellt die Regierung und beherrscht die Exekutive. Der Justizapparat untersteht der Regierung“:

- Der Justizminister ist für die Auswahl, Ernennung und Beförderung der Staatsanwälte zuständig, die seinen Weisungen unterworfen sind und von ihm in Dienstzeugnissen beurteilt werden.
- Der Justizminister ist für die Auswahl und Ernennung der Richter sowie der Gerichtsleiter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuständig, bestimmt die Art und Weise der periodischen Überwachung der Richter ... in Geschäftsprüfungen, beurteilt ihre richterliche Tätigkeit in Dienstzeugnissen und entscheidet über ihre Beförderung an höhere Gerichte. *„Diese Personalhoheit der Exekutive über die Richter ist Macht über die Lebenswege einzelner Menschen. Jeder Richter weiss, dass seine Karriere davon abhängt, ob seine Verhaltensweise der Regierung gefällt. Dies führt zu psychischen und zu sozialen Abhängigkeiten der Richter von der Politik.“*
- Die Gerichtsleiter (Präsidenten und Direktoren) sind als Beamte den Weisungen des Justizministers unterworfen. In der Ausübung richterlicher Tätigkeit stehen sie den anderen Richtern gleich, in der Eigenschaft als Behördenleiter sind sie weisungsgebundene Ministerialbeamte im Aussendienst und die Dienstvorgesetzten der Richter an ihrem Gericht (Dienstaufsicht).
- Entsprechendes gilt für die Arbeitsgerichtsbarkeit, die Sozialgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit, die in Bayern der Dienstaufsicht des jeweiligen Fachministers unterstehen.
- Der Innenminister ernennt die Verwaltungsrichter aus den Reihen seiner Verwaltungsbeamten.
- Eine Mitwirkung oder Kontrolle von anderer Seite (etwa durch einen Richterwahlausschuss) ist bei alledem nicht vorgesehen.²

Die Richter der letztinstanzlichen Bundesgerichte (Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht usw.) werden von einem Richterwahlausschuss gewählt, dem die Justizminister der Länder und 16 vom Bundestag gewählte Mitglieder angehören. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt, die abwechselnd auch den Präsidenten und den Vizepräsidenten bestimmen. Hier wirken also Exekutive und Legislative, bzw. die dort herrschenden Parteien, in die Judikative hinein. Man wählt Mitglieder oder Nahestehende der Partei, damit auch dort die politische Linie der eigenen Partei berücksichtigt wird.

Um zu zeigen, welche Blüten das treiben kann, sei erneut folgender Fall dargestellt: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch ausserparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen. Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde 2015 nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren ohne mündliche Verhandlung und ohne auf die Sache einzugehen, als unzulässig verworfen – und das nach mehr als dreijähriger Dauer des Verfahrens und gewechselten Schriftsätzen von über 300 Seiten. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes und langjähriges Präsidiumsmitglied der CDU, der vor der Landtagswahl 2009 über seine Regierung mit Staatsgeldern unerlaubte Propaganda zugunsten der CDU betrieben hatte und deshalb vom Verfassungsgericht des Saarlandes der Verfassungswidrigkeit überführt worden war.³ *„Im Juli 2014 wurde Müller von seinen Richterkollegen einstimmig zum Berichterstatter des Dezernats „Wahlen und Parteienrecht“ gewählt.“* (Wikipedia)

Von einer Unabhängigkeit der Judikative von Exekutive und Legislative kann also keine Rede sein. Die Judikative hat im Gegensatz zu Legislative und Exekutive überhaupt keine eigene Verwaltung, die für die Besetzung der Gerichte sorgt. Sie ist in die Verwaltung der Exekutive eingegliedert und wird daher – trotz sachlicher Unabhängigkeit der Richter nach Art. 97 GG – von dieser dominiert. In hierarchischer Unterordnung unter einen Minister sind Richter in ihrer Lebensplanung von der Exekutive abhängig. Wer von der Regierung befördert werden will – womit jeweils erhöhtes Ansehen und erheblich höheres Gehalt verbunden sind –, darf deren Erwartungen nicht enttäuschen. Und da die Regierung in der Hand der herrschenden Partei ist, und die Vorgesetzten, je höher sie in der Hierarchie stehen, in der Regel Parteimitglieder sind, empfiehlt sich auch eine Mitgliedschaft oder mindestens eine öfter mal geäußerte Sympathie und Nähe zu ihren politischen Zielen, wenn einem an Beförderungen gelegen ist.

In noch höherem Masse als die Richter sind die Rechtspfleger von der Hierarchie der Regierung abhängig. Ihnen hat das Rechtspfleger-Gesetz zur Entlastung der Richter richterliche Tätigkeiten übertragen, in

denen sie ebenso sachlich unabhängig sind. Sie sind Beamte des gehobenen Dienstes, in deren richterliche Entscheidungen kein Vorgesetzter und auch kein Richter eingreifen darf, die aber bei Misslieblichkeit einfach mit anderen Tätigkeiten betraut oder an ein anderes Gericht versetzt werden können. Sie sind noch leichter als Richter zu „disziplinieren“.

Interessanterweise hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates u.a. Deutschland 2009 aufgefordert, für die Justiz eine eigene Selbstverwaltung einzuführen und die Möglichkeit abzuschaffen, dass Justizminister der Staatsanwaltschaft Anweisungen zu einzelnen Fällen geben können.⁴ Die Parteienverseuchte deutsche Politik ignoriert das bis heute. Warum wohl?

Jetzt hat auch der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof, Manuel Campos Sánchez-Bordona, gerügt, dass bundesdeutsche Staatsanwaltschaften einem grundsätzlichen Weisungsrecht des Justizministeriums unterstehen. Dadurch fehle ihnen die notwendige Unabhängigkeit, um einen europäischen Haftbefehl zu erlassen, zu dem Staatsanwaltschaften in Europa befugt sind, die aber in den anderen Ländern unabhängig sind. In Deutschland dürfen nationale Haftbefehle nur – auf Antrag der Staatsanwaltschaft – von einem Richter ausgestellt werden. Es ist daher paradox, dass auf europäischer Ebene praktisch die deutsche Exekutive Haftbefehle erlassen kann.⁵

Die verwaltungsmässige Abhängigkeit der Justiz und die weisungsgebundene speziell der Staatsanwaltschaft von der Regierung zeigt sich auch darin, dass sich *„noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.“*⁶

Die Exekutive

Die Regierung wird in Deutschland nicht vom Volk gewählt, sondern von den „Volksvertretern“, die aber de facto die Interessen-Vertreter der Parteien sind. Die Wahl entscheidet die grösste Parteifraktion, aus deren eigenen Reihen die Regierungsmitglieder bestimmt werden. Auf die Regierungspolitik hat das Volk, der Souverän, keinen Einfluss. Er kann sie nicht kontrollieren und zur Korrektur zwingen. Die Mehrheit der Abgeordneten, deren Aufgabe dies wäre, kontrollieren ihre Parteikollegen in der Regierung jedoch nicht, sondern unterstützen und verteidigen sie im Parlament gegen die sowieso machtlose Opposition anderer Parteien, die in der Minderheit sind.

Dadurch ist die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben. Das zeigt sich auch darin, dass Kanzler, Minister und parlamentarische Staatssekretäre Mitglieder des Parlamentes, der Legislative, bleiben. Sie können auch dort mitmischen.

Das Gesetzesinitiativrecht hat zwar formal auch das Parlament, de facto werden aber fast alle Gesetze von der Regierung eingebracht, die mit der Fülle ihrer Fachleute in den Ministerien und einbezogenen Lobby-Gruppen von vorneherein ein starkes Übergewicht über das Parlament besitzt. Die Gesetz-Entwürfe der Regierung werden daher vom Parlament auch in aller Regel durchgewunken, zumal ja Regierung und Parlamentsmehrheit derselben Partei, denselben Interessen verpflichtet sind.

Die Exekutive hat sich zur beherrschenden Gewalt aufgeschwungen und agiert weitgehend losgelöst vom Volk, dem Souverän. Dies zeigt sich z.B. besonders eklatant in dem seit Jahren fortgesetzten verfassungs- und gesetzeswidrigen Handeln der Regierung in der Massenmigration, zu dem es in der Legislative keine Korrektur gibt.⁷

Die Legislative

Das Parlament besteht formal aus vom Volk gewählten Volksvertretern, de facto aber aus Vertretern politischer Parteien, an deren partikularen Interessen ihr Handeln orientiert ist. Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht mehr vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind. Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei.

Gesetzgeber ist also praktisch nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Das Parlament wird nur formal als Gesetzgebungs-Forum benutzt – Demokratie-Theater fürs unwissende Volk. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind.

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne wird durch Druck an die durch Mehrheitsbeschluss oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber eine sekundäre Rolle. Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen „Partei-

soldaten“ degradiert. Das wird nicht dadurch anders, dass er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im „Hohen Hause“, wie der Volksmund treffend sagt: zum „Stimmvieh“.

Die Vorgabe des Grundgesetzes, nach dem der Abgeordnete nur seinem Gewissen unterliegt, wird auf diese Weise unterlaufen. Der Druck wird natürlich zumeist verdeckt ausgeübt. Abweichen droht, nicht mehr für Ausschüsse nominiert oder bei der nächsten Wahl nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden. Manchmal dringen Drohungen auch an die Öffentlichkeit. So hatten 2015 bei der Abstimmung über die Aufnahme von Verhandlungen mit Griechenland über ein drittes Kreditprogramm erstaunlicherweise 60 Bundestagsabgeordnete von CDU und CSU die Gefolgschaft verweigert und mit Nein gestimmt. Fünf weitere enthielten sich. Dank der komfortablen Mehrheit der Großen Koalition wurden die Verhandlungen dennoch mit dem nötigen Stimmenanteil gebilligt.

Doch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Kauder sagte unverblümt der „Welt am Sonntag“: *„Diejenigen, die mit Nein gestimmt haben, können nicht in Ausschüssen bleiben, in denen es darauf ankommt, die Mehrheit zu behalten: etwa im Haushalts- oder Europaausschuss.“* Die Fraktion entsende Kollegen in Ausschüsse, *„damit sie dort die Position der Fraktion vertreten“*.⁸ Damit ist der bestehende Fraktionszwang klar ausgesprochen. Die Partei bestimmt, wo's langgeht.

Fazit

Der Richter Hochschild fasst zusammen:

„Die im Grundgesetz (Art. 20) vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot.

Ob und in welchem Masse dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechts-treue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.

*Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt.“*⁹

Diese Erkenntnisse sind zu den Richtern des Bundesverfassungsgerichts, den angeblichen Hütern der Verfassung und der Gewaltenteilung, noch nicht vorgedrungen. Sie sind ja auch selbst Mitglieder der herrschenden Parteien oder stehen ihnen nahe. Und die Parteien haben kein Interesse daran, die Verhinderung wirklicher Demokratie zu beseitigen. Denn dies würde letztlich ihre Selbstaufgabe bedeuten.

Die muss folglich vom Volk erzwungen werden, wenn der Weg in einen neuen Totalitarismus gestoppt werden soll. Das Parteiensystem ist es, das die im Grundgesetz veranlagte Demokratie in eine Oligarchie, eine autoritäre Herrschaft einer Parteien-Clique deformiert hat, hinter der noch ganz andere die Fäden ziehen können.¹⁰

Zur ergänzenden Vertiefung:

Das Verhängnis der politischen Parteien

Der Systemfehler in der heutigen Demokratie – Ursache der Herrschaft weniger

Anlagen:

1 rubikon.news 23.3.2019

2 <https://www.gewaltenteilung.de/>

3 Vgl. Junge Freiheit 44/15

4 <https://www.gewaltenteilung.de/euoparat-pressemitteilung/anonymousnews.ru> 5.5.2019

6 Jochen Mitschka, Anm. 1

7 Siehe: Regieren nach Art einer Räuberbande

8 welt.de 10.8.2015

9 Anm. 2

10 Siehe: Aristokratische Demokratie

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/05/13/fassade-gewaltenteilung-im-parteienstaat/>

Peter Boehringer: Prügelnde Asylbewerber aus Amberg erfahren die Milde des Rechts

Von PP-Redaktion 13. Mai 2019



Peter Boehringer, MdB der AfD und Direktkandidat bei der Bundestagswahl 2017 für den Wahlkreis Amberg-Neumarkt, äussert sich irritiert zu den Urteilen zu den blutigen Gewaltexzessen von Amberg:

„Die volle Milde des Rechtsstaates für den prügelnden Asylantenmob irritiert. Mehrere Afghanen und ein Iraner griffen in Amberg wahllos 21 Menschen an und verletzten 15 teils erheblich. Die jetzt ergangenen Urteile auf Bewährung sind ein fatales Signal. Der Rechtsstaat verpasst die Chance auf einen harten Durchgriff und verunsichert rechtschaffene Bundesbürger wie friedliebende Flüchtlinge gleichermassen. Es ist nachvollziehbar, dass der zuständige Richter meinte, die zu milden Strafen schon in der Urteilsbegründung der irritierten Öffentlichkeit ‚erklären‘ zu müssen. In EINEM Punkt hatte er dabei allerdings recht, wenn er feststellt, Urteile seien keine ‚Blitzableiter für Empfindungen von Bürgern‘. Denn dafür wäre ‚die Wahlurne der richtige Platz, nicht dieser Sitzungssaal‘. Wir bitten die Bürger, diese Ermahnung des Richters bei den kommenden Wahlen zu beherzigen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Forderung der AfD nach konsequenter Abschiebung verurteilter Straftäter sich im Handeln der Behörden wiederfindet. Die CSU räumte nach den Gewalttaten von Amberg ein, dass die Abschiebung mindestens eines Beteiligten möglich sei, doch folgt jetzt die Umsetzung? Fakt ist, dass bei Abschiebungen nach wie vor viel zu zögerlich agiert wird. Es fehlt am politischen Willen, die Sicherheit auf unseren Strassen sowie rechtsstaatliche Grundsätze nachhaltig durchzusetzen.“

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2019/05/13/peter-boehringer-pruegelnde-asylbewerber-aus-amberg-erfahren-die-milde-des-rechts/>

Russland: Verbot von Einweggeschirr und Kunststoff-Besteck wird vorbereitet

Sott.net Mo, 13 Mai 2019 16:40 UTC

Laut Dmitri Kobylikin, dem russischen Minister für nationale Ressourcen und Umwelt, wird in Russland derzeit das vollständige Verbot von Plastikgeschirr vorbereitet. Die Einweg-Utensilien sollen schon bald der Vergangenheit angehören.



Viele Russen umgehen laut einer aktuellen Umfrage des Levada Centers bereits die Verwendung von Wegwerf-Kunststoffen im Alltag. Demnach nutzen bis zu 30 Prozent der Bevölkerung Mehrwegbeutel anstelle von Einweg-Kunststofftüten für Lebensmittel und einer von sechs Russen ist bereit, solche für immer aufzugeben.

Dmitrij Kobylkin sagte:

"Wir unterstützen den globalen Trend, den Einsatz von Kunststoff zu reduzieren."

"Wir bereiten uns auf Einschränkungen vor, es wird Zeit brauchen, um es anzuerkennen und zu akzeptieren."

Derweil sagte die Abgeordnete Elena Serowa, Vorsitzende des Umweltausschusses, Folgendes zu RT:

Diese Initiative ist vernünftig, weil es zu viel Plastikabfall auf dem Planeten gibt. Was Plastikbesteck betrifft, so sollten das alle entwickelten Länder verbannen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33460-Russland-Verbot-von-Einweggeschirr-und-Kunststoff-Besteck-wird-vorbereitet>

„Sag es bloss niemandem“-Doku über Kindesmissbrauch in katholischer Kirche erschüttert Polen

Epoch Times 13. Mai 2019 Aktualisiert: 13. Mai 2019 7:56



Symbolbild.Foto: istock

Eine Dokumentation über den sexuellen Missbrauch von Kindern durch katholische Priester erschüttert Polen. Die am Samstag auf dem Videoportal YouTube veröffentlichte Dokumentation wurde innerhalb von 32 Stunden fünf Millionen Mal angesehen.

Der zweistündige Film des unabhängigen Journalisten Tomasz Sekielski trägt den Namen „Sag es bloss niemandem“ und wurde teilweise mit versteckter Kamera gedreht.

Die Dokumentation zeigt Begegnungen von Opfern pädophiler Priester mit ihren einstigen Peinigern. Einige inzwischen sehr alte Priester gestehen den Missbrauch, bitten um Vergebung und bieten manchmal finanzielle Entschädigung an.

Dokumentiert wird auch, wie Priester, die wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern beschuldigt oder sogar verurteilt wurden, in andere Gemeinden versetzt wurden, wo sie weiter mit Kindern zu tun hatten.

Polnischer Regierungschef fordert härtere Strafen gegen Pädophilie

Der Chef der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jaroslaw Kaczynski, sagte am Sonntag, wer sich des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen schuldig mache, müsse „besonders hart bestraft“ werden, egal ob es sich um Priester oder Prominente handele.

Dabei spielte er offenbar auf den polnischen Regisseur Roman Polanski an, ohne ihn beim Namen zu nennen. Ohne direkt auf den Film einzugehen, kündigte Kaczynski Änderungen am Strafgesetzbuch an. Härtere Strafen für sexuellen Missbrauch seien „schon vorbereitet“ worden, sie könnten bis zu 30 Jahre Haft bedeuten.

Die Reaktion der Kirche fiel zurückhaltend aus. Der Primas von Polen, Erzbischof Tomasz Polak, erklärte, er sei „zutiefst bewegt“ von dem Film.

„Ich bitte um Vergebung für alle Verletzungen, die durch Männer der Kirche zugefügt wurden“, hiess es in einer Mitteilung. Der Präsident der Bischofskonferenz, Erzbischof Stanislaw Gadecki, bekundete seine „Ergriffenheit und seine Traurigkeit“.

Die katholische Kirche wird seit Jahrzehnten von Missbrauchsskandalen erschüttert. Die Skandale schlagen in vielen Ländern hohe Wellen. (afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/europa/dokumentation-ueber-kindesmissbrauch-in-katholischer-kirche-erschuettert-polen-a2884126.html#>

Wissen, nicht glauben

Der Mensch muss stets wissen,
dass er die Wirklichkeit und auch
deren Wahrheit kennen muss und
sich einzig darauf, jedoch niemals
in irgendeiner wirren Weise auf
einen Glauben verlassen darf.

SSSC, 13. September 2014,
22.57 h, Billy

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich, auch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



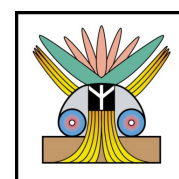
© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz